die alternative

Zeitschrift der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion

SCHWERPUNKT

DAS GUTE LEBEN

Gerechte Verteilung, Schonung der Ressourcen und Solidarität in globaler Perspektive

2023 ~ 03

4
Wir stellen vor **Denise St. John, Alexander Griwatz, Alexandra Hammer**

5
Kolumne von Veronika Litschel
Das Problem am Normalen

6–8
Was ist das gute Leben für Alle?
Betrachtungen der AUGE/UG

9
Der Betrieb als Endstation der Demokratie.
Die Sicht der AUGE/UG

10
Wir denken die Arbeit neu.
Die AUGE/UG zum Arbeitsbegriff

11/12
Gleichstellung und Vielfalt in Krisenzeiten. Was zu tun ist, zeigt die AUGE/UG

13
Sozial durchhängen –
Nein, Danke!
Forderungen der AUGE/UG

14/15
Interview
mit Präsidentin **Renate Anderl**
über die AK

16/17
MUCH

18–21
Fraktionsarbeit
Blick in die Fraktionsarbeit in den Länderkammern

22/23
Internationales
Feministische Außenpolitik von **Christine Petioky u. Melonis Kurswechsel** von **Vera Koller**

24/25
Fragen und Antworten zu den Verlusten der OeNB von **Ludovico Lucent,** BM Kochers Blick von **Leonore Beranek**

26–28
Nachrichten aus dem UG Universum
Angriffe auf die AK, Kongresse, Tagungen, Lohnverhandlungen

29
Notizen
aus Gewerkschaft und NGO

30
Buchtipps

31
Rezension
Renate Vodnek hat „Klassenkampf von oben“ gelesen

Offenlegung gemäss §25 Mediengesetz
Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesvorstandes sind: Klaus Brandhuber, Georg Gossi, Martin Gstöttner, Sandra Hofmann, Karin Stanger, Daniela Weissbacher. Herausgegeben wird die „Alternative“ von der „Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB“ (UG). Diese ist ein Zusammenschluss überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – und eine Fraktion im ÖGB, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführende Vorsitzende der UG ist Marion Polaschek, Kassierin ist Renate Vodnek.

IMPRESSUM
Medieninhaberin, Verlegerin: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Herausgeberin: Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB (UG), Redaktion: Renate Vodnek & Vera Koller; Layout, Satz & Illustrationen: Stefanie Hintersteiner, Adresse: Alle 1040, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung IBAN AT30 1400 0001 1022 8775, IC: BAWAATWW. Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702

Editorial
Das gute Leben

Ein Sommer voller Hitze und Unwetter geht zu Ende. Die mittlerweile überall spürbaren Auswirkungen der Klimakrise brachte für Betroffene blanke Existenznot und für alle anderen statt der erhofften Erholung nun Ambivalenz und Unsicherheit. Sexuelle Gewalt gegen Frauen* in der öffentlichen Debatte, das lenkt die Aufmerksamkeit aufs Thema, entlang von alten Konzepten und Vorwürfen an Betroffene.

Ein Backslash in der Sprache, ein nicht mehr zu übersehender Rechtsruck, eine Debattenkultur ohne Tiefe. Das alles kann die Lust und die Kraft für Veränderungen schmälern.

Aber nicht mit uns: wir kämpfen weiter. 2024 ist ein Wahljahr. In der AK und bei den Personalvertretungen sind wir direkt involviert, bei den EU- und Nationalratswahlen werden wir laut und fordernd sein.
Unser Anliegen: Das gute Leben für wirklich Alle auf dieser Welt. Nicht mehr und nicht weniger.

Als Einstimmung in einen ereignisreichen und kämpferischen Herbst haben wir diese Ausgabe genutzt, um im Schwerpunkt unsere Ansätze kompakt argumentativ darzustellen. Auch werfen wir einen Blick auf die AK-Fraktionen der AUGE/UG in den Bundesländern, die unter sehr verschiedenen Voraussetzungen dafür antreten, stärker zu werden und ihre Arbeit in dem Parlament der Arbeitnehmer:innen laut und kompetent einzubringen. Mit dem Grundsatz der Solidarität, als Voraussetzung für das gute Leben. Für Alle.

Solidarische Grüße
Marion Polaschek

TITELFOTOS **Mauro Mora & Youssef Naddam - unsplash**

Kennst du schon...?

In der Rubrik stellen wir (neue) Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Aktivist:innen der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion vor.

Alexander Grivaz

Stv. Vorsitzender BR Caritas Gsmbh

Seit meinem 17. Lebensjahr bei den Grünem aktiv, war es für mich logisch mich da zu engagieren, wo mein politisches Weltbild für mich am ersichtlichsten ist.

Als Krankenpfleger stehe ich in einem Berufsfeld das mit Blick auf die Alterspyramide eines „der" Berufsfelder der Zukunft sein kann. Dazu müssen aber jetzt! Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit dieser Beruf kein absoluter Mangelberuf wird. Hier sehe ich auch meine Aufgabe meinen Teil dazu beizutragen.

Ansonsten: leidenschaftlicher Quizmaster, Gesellschaftsmensch, Naturliebhaber und immer seinem Lebensmotto nachhängend *das Undenkbare öfter denken*.

Denise St. John

UGÖD Büro

Mein Wunsch nach einer beruflichen Veränderung und der Bedarf der UGÖD nach einer Verstärkung im administrativen Bereich ... besser hätte es nicht passen können.

Ich heiße Denise St. John und unterstütze Alexandra Hammer seit Kurzem als zweite Teilzeitkraft im Sekretariat der UGÖD. Davor war ich viele Jahre Lehrerin an einer Mittelschule im 11. Bezirk und die letzten 10 Jahre habe ich zusätzlich an der Pädagogischen Hochschule Wien Fort- und Weiterbildungen für Lehrer:innen in der Sekundarstufe Allgemeinbildung geplant und betreut.

Ich trage gerne im Hintergrund unterstützend zum Gelingen diverser Vorhaben bei und mag es außerdem, die Welt aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Ich freue mich daher sehr, den für mich noch neuen, gewerkschaftlichen Blick kennenzulernen und die UGÖD im Backoffice zu verstärken.

Neben dieser Tätigkeit bin ich auch noch bei Roswitha Riepl & Team, Expert:innen für Organisationsberatung, Supervision und Coaching, für den Bereich Office & Assistenz zuständig. Die Zeit, die mir dann noch bleibt, widme ich meiner eigenen freiberuflichen Beratungstätigkeit und bilde mich mit viel Freude in diesem Bereich weiter.

Alexandra Hammer

Seit Mai 2017 arbeite ich für die UGÖD als Sekretärin, seit November 2017 bin ich von der GÖD als Büro-Assistenz im Bereich gewerkschaftliche Bildungsförderung und als Fraktions-Sekretärin angestellt.

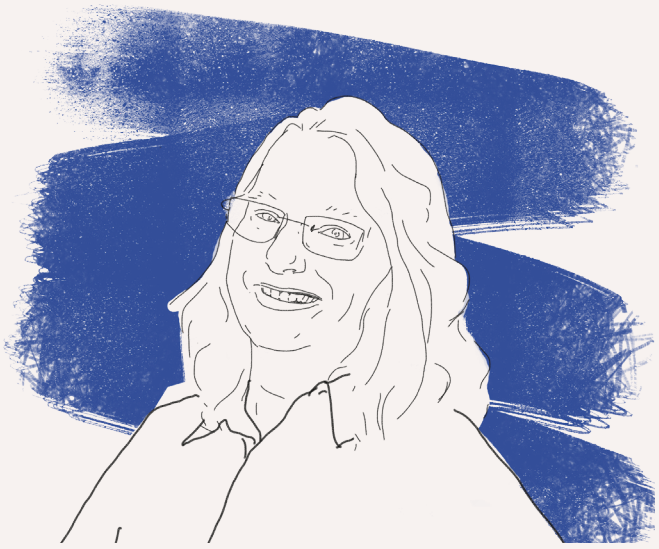
Von Beate Neunteufel-Zechner angeworben, unterstütze ich die „Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben" in der Organisation, Kommunikation und in der Mitglieder-Betreuung.

Nachdem ich bei meinen Kindern bis zum Schulbeginn zuhause war, habe ich 2003 einen Teilzeit-Job in einem Zahnambulatorium als Sekretärin angenommen. Um wieder „Vollzeit" beschäftigt zu sein, habe ich diese 2. Teilzeit-Arbeit begonnen.

Obwohl ich nicht politisch oder inhaltlich teilhabe, unterstütze ich unsere Vorsitzenden und Referatsleiter:innen bei deren Wirken in der Personalvertretung und in der Betriebsratsarbeit. Der Höhepunkt meiner Arbeit sind unsere Bundeskonferenzen in Salzburg. 2017, damals nahmen 25 Kolleg:innen teil, Oktober 2023 werden wir über 70 Teilnehmer:innen sein.

Auch mit dem Sekretariat der AUGE/UG besteht eine gute Zusammenarbeit, die immer wieder Freude macht, wie z.B. bei unserer diesjährigen UG-Bundeskonferenz.

Das Problem am Normalen



TEXT **Veronika Litschel**

Im ersten Moment eingängig, nutzen wir oft diesen Begriff, aus Empörung oder zur Bestätigung. Aber in der politischen Debatte ist er durchaus problematisch.

Fast ist es schon wieder aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwunden. Die „Normalitätsdebatte“, begonnen von Johanna Mikl-Leitner, aufgenommen von Karl Nehammer. Es ist aber weit mehr als die kleine Aufregung im Sommerloch. In der politischen Auseinandersetzung hat der Begriff „normal“ verschiedene Funktionen, die alle samt darauf abzielen sachliche Debatten abzuwenden und kritische Stimmen zu diskreditieren.

Schaffen von Gegensatzpaaren

Wird eine Position als „normal“ bezeichnet, sind abweichende Ansichten gleichzeitig als radikal konnotiert. Entlang der überholten Hufeisentheorie wird damit suggeriert, dass es eine Mitte gäbe, an deren Seiten radikale und im weiteren Sinn auch nicht-legitime Gruppen stünden, die sich „außerhalb“ bewegen. Ausbuchstabiert ist das die Ausgrenzung Andersdenkender und deren Abstempelung als „abnormal“, ein historischer Kontext, der uns allen bewusst und seine katastrophalen Auswüchse bekannt sein sollten.

Ein anderer Aspekt ist, dass im Wort „normal“ ein normativer Inhalt steckt. Es drückt aus, wie etwas sein soll, was also eine gewünschte Verhaltensweise ist. Die Definitionshoheit ist dabei eine der Machtverhältnisse. Auch hier geht es um die (Nicht-)Legitimität der anderen Position, Lebensweise, Herkunft, des Geschlechts etc. Dabei wird interessanter Weise in der aktuellen Debatte „Normalität“ darüber definiert, was es nicht ist – also über das vermeintlich Unnormale. Aus dem entsteht eine „Wir“ und „die Anderen“, versucht, Gemeinsames auf fragwürdigen politischen Konzepten aufzubauen, um jene, die aus welchem Grund auch immer nicht dazugehören, zu diskriminieren.

Keine Frage der Meinungsfreiheit

Ein Blick auf die Reaktionen und Gegenreaktionen zeigt die ganze Breite der Problematik. Auf Kritik strapaziert Nehammer die Meinungsfreiheit als hohes Gut, um gleich klarzustellen, für wen diese gilt, nämlich die „Normalen“, nicht für z.B. Klimaaktivist:innen, die in die Nähe von Linksradikalen gerückt werden. Die Aussage „wir werden uns nicht von einigen Wenigen die Worte einfach verbieten lassen“ beschwört ein Szenario, dass mit der Realität nichts zu tun hat. Niemand würde der ÖVP den Mund verbieten, wenn sie offen Position bezieht. Wenn sie allerdings an den Diktionen des Faschismus anstreift, lässt das nicht nur tief blicken, sondern muss auch auf Widerstand treffen.

Auf die ideologische Stoßrichtung verweist auch die Nehammer-Aussage „Minderheitenschutz ist ganz wichtig. Es ist in Ordnung, wenn wir Ausnahmen machen, aber es nicht in Ordnung, wenn Ausnahmen die Regel werden.“ Hier steht: Rechte von Minderheiten sind Ausnahmen. Diese werden zugestanden, können aber auch jederzeit wieder entzogen werden. Sie sind eben nicht die Regel, also nicht rechtlich abgesichert. Und das ist auch gar nicht gewollt. Das ist Ausdruck einer autoritären Haltung, die hinter angeblichen „schweigenden Mehrheiten“ versteckt wird. Widerspruch, Protest und ziviler Ungehorsam als „Gefahr für die Gesellschaft“ zu titulieren, ist nichts anderes als ein Angriff auf die Demokratie.

Das gute Leben für Alle

FOTOS Patrick Henry & Lukasz Szmigiel - unsplash

TEXT **AUGE/UG**

Wie eine Welt, in der die Ressourcen gerecht verteilt und gleichzeitig geschont werden, aussehen kann und was wir dazu tun müssen.

Nicht nur die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der UNO, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) zielen auf das gute Leben für alle Menschen ab. Längst ist dieser frühere wohlstandsgetriebene Allgemeinplatz zum Symbol für Verteilungsgerechtigkeit und Ausdruck der Überzeugung, dass genug für alle da ist, geworden. Gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich bewegen wir uns eher in die andere Richtung und gegensteuern ist dringend notwendig. Die Herausforderungen, die aufgrund unserer Lebensweise und der Ausbeutung der Ressourcen in multiple Krisen geführt haben, sind nur solidarisch, also im Sinne einer globalen, sozial gerechten Grundhaltung zu lösen. Das umschließt eine breit abgesicherte und demokratische Gesellschaft in Österreich und Europa, aber auch eine Reflektion darüber, auf wessen Kosten unser Wohlstand gebaut ist. Ein Kampf in viele Richtungen.

Für eine gerechte und ökologische Zukunft

Die Schieflage in der Verteilung von Reichtum, dem Zugang zu Ressourcen und deren Verbrauch sowie zu demokratischer Freiheit ist nichts Neues. Sie verstärkt sich aber immer mehr. Am deutlichsten spüren wir in Österreich diese Schieflage an der bereits einsetzenden Klimakatastrophe. Hitze, Unwetter, Missernten beginnen auch die gemäßigte Zone zu bedrohen. Das Bild, das der Weltklimarat (IPPC) zeichnet, mutet daher fast wie eine Utopie an, obwohl es konsequent weitergedacht alternativlos ist.

»Die Welt beschreitet allmählich einen nachhaltigen Pfad. Die globalen Gemeinschaftsgüter werden wichtig genommen und bewahrt, die Grenzen der Natur werden respektier. Statt Wirtschaftswachstum steht zunehmend das menschliche Wohlbefinden

Die Schieflage in der Verteilung von Reichtum, dem Zugang zu Ressourcen und deren Verbrauch so wie zu demokratischer Freiheit ist nichts Neues.

im Fokus. Die Einkommensungleichheiten zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten werden reduziert. Der Konsum orientiert sich an einem geringen Material- und Energieverbrauch.«

Der Weltklimarat ist eine Einrichtung der Vereinten Nationen, in dem derzeit 195 Länder Mitglied sind. Das macht die Abkehr vom Paradigma des Wirtschaftswachstums, das lange Zeit mit dem guten Leben und dem menschlichen Wohlbefinden verbunden wurde, und von liberalen, konservativen und neoliberalen Strömungen auch noch wird, bemerkenswert. Progressive Gruppen fordern diese Abkehr schon lange, weite Teile der Wissenschaft schließen sich aufgrund des Klimawandels an. Leider findet sich diese Erkenntnis noch nicht in dem hegemonialen Wirtschaftssystem des Kapitalismus wieder. Darum gilt es zu kämpfen.

Was Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen-Vertreter:innen damit zu tun haben und wie die Situation in Österreich mit der weltweiten Entwicklung zusammengedacht werden kann, wird auf den nächsten Seiten skizziert.

Veränderung im Sinne der Lohnabhängigen gestalten

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft. Das bedeutet, Erwerbsarbeit ist nicht nur grundlegend für die Existenzsicherung, sondern auch für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung.

Diese Arbeitsgesellschaft muss im Sinne aller Lohnabhängigen gestaltet werden. Schon lange erleben wir eine Entwertung der Gehälter durch Reallohnverluste. Dazu kommen in den letzten Jahren Unsicherheiten durch technologischen Wandel und steigende Preise, die das Leben für Alle teurer machen. Damit geraten die Lohnabhängigen unter Druck. Der Lohnbegriff ist getragen von einem Leistungsbegriff, der die gesellschaftliche Bewertung von Tätigkeiten widerspiegelt, nicht die geleistete Arbeit. Die Digitalisierung führt zu neuen Anforderungen, aber auch zur Verdichtung der Arbeit und schneller Reaktion, im Klartext zu mehr Stress. Zusätzlich zu den steigenden Lebenserhaltungskosten werden Aufwendungen, die eigentlich der Betrieb zu leisten hätte, über unklare und unzureichende Regelungen für Homeoffice auf die Beschäftigten abgewälzt.

In unterschiedlichen Branchen ist

Der Lohnbegriff ist getragen von einem Leistungsbegriff, der die gesellschaftliche Bewertung von Tätigkeiten widerspiegelt, nicht die geleistete Arbeit.

die geleistete Erwerbsarbeit unterschiedlich viel wert. Paradoxer Weise wird jene Arbeit mit Mehrwert für die Gesellschaft deutlich schlechter bezahlt als andere. Auf der individuellen Ebene kommt es durch mangelnde Lohntransparenz zu einem Gegeneinander der Kolleg:innen, damit für sich selbst die besten Bedingungen herausverhandelt werden können. Dabei wird übersehen, dass die Lohnabhängigen im Endeffekt als Einzelkämpfer:innen immer am kürzeren Hebel sitzen, sie sind ersetzbar. Hier können Gewerkschaften mit einer solidarischen Lohnpolitik, die sich an der gesamten Wirtschaftsleistung und nicht an einzelnen Branchen orientiert, gegensteuern. Damit ist nicht nur die Verhandlungsmacht größer, sondern es kann auch endlich der Weg zum Abbau des Niedriglohnsektors und des Gender Pay Gap beschritten werden.

Die Beschäftigten verdienen ihren Anteil

Den berühmten Mehrwert produzieren die Arbeitnehmer:innen, es profitieren davon jedoch hauptsächlich die Unternehmen. Menschen produzieren Dienstleistungen und Güter auf Arbeitsmärkten und erhalten dafür einen Lohn, von dem sie wiederum Güter und Dienstleistungen konsu-

mieren. Aus dem Konsum schöpfen die Unternehmen ihren Gewinn. Was allerdings mit diesem, auch durch die Lohnabhängigen erwirtschafteten Wert passiert, darauf haben sie wenig Einfluss. Gewinne fließen nur bedingt in die Betriebe zurück, dazwischen gibt es noch die Investitionen und erwarteten Renditen am Aktienmarkt. Auch andere Investitionsentscheidungen laufen an den Beschäftigten vorbei. Es wird nicht im Betrieb, also mit den Betroffenen diskutiert, ob Gewinne reinvestiert, in den Ausbau von Sozialleistungen umgeleitet werden oder als Rücklagen fungieren. Es wird so getan, als ob die Beschäftigten nichts mit diesem Gewinn zu tun hätten. Und geht etwas schief, sind die Beschäftigten komplett ausgeliefert, selbst wenn sie Konzepte und Ressourcen hätten, in Wanken geratene Unternehmen weiterzuführen und zu stabilisieren. Die Finanzierung einer Wirtschaft über Aktienmärkte und Spekulationen sowie intransparente öffentliche Förderungen, ist nicht im Sinne der Beschäftigten. Hier muss mit einer radikalen Erweiterung der Mitbestimmungsrechte, der direkten Weitergabe von Arbeitserfolgen an Beschäftigte und einer Förderung der Vergesellschaftung von Betrieben gegengesteuert werden, unter der Prämisse einer branchenübergreifenden Solidarität. Und in kritischer Distanz zum Wachstums-Paradigma.

> Damit ist nicht nur die Verhandlungsmacht größer, sondern es kann auch endlich der Weg zum Abbau des Niedriglohnsektors und des Gender Pay Gap beschritten werden.

Transformation auf dem Rücken der Erwerbstätigen

Wir leben in einer Zeit der rasanten Transformation. Die Digitalisierung hat längst ein Tempo erreicht, dem wir nur noch schwer folgen können und das uns mit ständig neuen Anforderungen konfrontiert. Die Verheißungen haben sich vielfach nicht erfüllt. Statt einer Reduzierung von »unangenehmen« Arbeiten und mehr Freiraum, arbeiten wir immer schneller und entgrenzter. Ständige Erreichbarkeit, aber auch Überwachung und dadurch eine verstärkte Taktung unserer Tätigkeiten führt mitnichten zu mehr Selbstbestimmung. Manche Bereiche, insbesondere die Arbeit mit Menschen, verändert sich dadurch so massiv, dass die eigentliche Sinnstiftung verloren geht. Knappe und kontrollierte Zeiteinheiten zur Pflege von hilfsbedürftigen Menschen lassen keinen Spielraum für die wirkliche Hilfe, die über das Versorgen mit dem Notwendigsten hinausgeht.

> Es wird so getan, als ob die Beschäftigten nichts mit diesem Gewinn zu tun hätten.

Viele neue Anforderungen müssen wir uns selbst aneignen, oft in unserer »Freizeit«. Um mithalten zu können und den Job nicht zu verlieren. Damit stellen wir dann wieder einen Mehrwert für die Unternehmen dar, der nicht abgegolten wird, dem keine Investitionen gegenüberstehen. Weiterbildung, die dem Betrieb zu Gute kommt, sollte auch von diesem finanziert werden, sowohl die Kosten als auch die Zeit.

Denn das gute Leben für die Lohnabhängigen heißt, nicht Spielball der Arbeitgeber:innen und der Wirtschaftspolitik zu sein, sondern auf Augenhöhe an dem gemeinsam Geschaffenen mitzugestalten und an dem Mehrwert zu partizipieren.

Demokratie schützen und ausbauen

Zum Gestalten gehören Mitbestimmungsrechte. Und auch wenn wir glücklicherweise in einer Demokratie leben, sieht es im Betrieb oft anders aus.

Über die demokratische Verfassung, in der wir in Österreich leben, werden uns Mitbestimmungsrechte und Grundrechte, zumindest bei der »richtigen« Staatsbürger:innenschaft zugesichert. Auch wenn diese sicherlich ausbaufähig sind, stehen sie grundsätzlich für weite Teile der Gesellschaft außer Frage. In der Arbeitswelt sind Mitbestimmungsrechte auf der Ebene der Gewerkschaften, der Arbeiter:innen-Kammern als Parlament der unselbständig Beschäftigten und über Betriebsräte garantiert. Der Betrieb selbst ist hierarchisch und nicht demokratisch organisiert. Die Einbindung der Belegschaft findet über gewählte Vertreter:innen statt und beschränkt sich Großteils auf Fragen der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsrechts, wenn überhaupt ein Betriebsrat besteht. Managemententscheidungen oder auch die Auswahl und Bewertung von Führungskräften können nur gering mitgestaltet werden.

Demokratie braucht Transparenz

Während die Gewinne Wenigen gehören, zahlen wir Alle für die Verluste. Gemeinschaftlich erwirtschaftete Güter werden im großen Stil für die Rettung der Finanzwelt verwendet. Die Einflussmöglichkeiten sind trotz Sozialpartnerschaft sehr ungleich verteilt, Unternehmen haben hinter den Kulissen über Lobbyorganisationen auf nationaler und internationaler Ebenen direkten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen. Durch Ausgliederungen wurden die öffentlichen Dienstleistungen zunehmend der demokratischen Kontrolle entzogen, in dem sie z.B. in Organisationsformen wie dem Fonds Soziales Wien überführt wurden. Immer wieder gibt es seitens der verschiedenen Regierungen Angriffe auf die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen. Statt Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten und transparenten Gesetzgebungsprozessen werden Entscheidungen, die Alle angehen, in kleinen, privilegierten Zirkeln getroffen, die nicht unbedingt das Allgemeinwohl an der ersten Stelle sehen.

Obwohl wir in der guten Situation sind, dass für uns die Grund- und Menschenrechte weitgehend garantiert sind, erleben wir einen Angriff auf Protestbewegungen im Land und eindeutige Verstöße gegen Menschenrechte an den Grenzen von Österreich und der EU. Das sind Entwicklungen, die wir vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätten.

Nachdem alle großen Demonstrationen der Klimabewegung und alle Warnungen der Wissenschaft nicht gehört wurden, werden nun die Protestierenden kriminalisiert und mit hohen Strafen bedroht. Es geht soweit, dass der Verfassungsschutz in seinem Bericht 2023 ein Bedrohungsszenario für kritische Infrastruktur bei gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen sieht. Ziviler Ungehorsam in Form von friedlichem Widerstand als verzweifeltes Mittel gegen die Zerstörung des Lebensraums Erde wird mit »Terrorismus« in Verbindung gebracht. Die Verursachung eines Staus durch Blockade ist also demnach kriminell, ein Stau durch zu viel Verkehr, wie er andauernd in Städten oder auf Autobahnen vorkommt, gilt dagegen anscheinend als ein Zeichen von Freiheit.

Das Ignorieren von Menschen- und Grundrechten ist ein Verstoß gegen geltendes Recht, der von der Politik nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern auch noch eingefordert wird. In der EU, in Österreich und seinen Nachbarländern. Menschen das Recht auf Asyl zu verweigern, sie mit Gewalt über Grenzen zu bringen oder im Meer ertrinken zu lassen, das ist die Abkehr von demokratischen und solidarischen Prinzipien, die unter dem Eindruck der verheerenden Folgen von Faschismus einmal unantastbar waren.

>

Arbeit neu denken

Nicht nur die Digitalisierung hat die Erwerbsarbeit entgrenzt und die Trennung zu Freizeit und Erholung zunehmend verschwimmen lassen.

Was ein Potential für Flexibilisierung und Selbstbestimmung gehabt hätte, wurde zur ständigen Erreichbarkeit und Mehrarbeit, nicht nur in den sogenannten kreativen Jobs oder auf der Managementebene. Neue Technologien haben nicht nur das Arbeitstempo erhöht, sie führen auch zur Verunsicherung. Manche werden abgehängt, andere sind zunehmend damit beschäftigt, den neuen Entwicklungen und Anforderungen hinterherzukommen.

Erwerbsarbeit ist aber nur ein Teil der Arbeit, die geleistet wird. Die Zeit für Reproduktionsarbeit wird dabei aber immer knapper. Obwohl viel für eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeit spricht und damit eine Reihe von Problemen gelöst werden könnten, werden uns Modelle vorgesetzt, die zu längeren Wochen- und Lebensarbeitszeiten führen. Das ist eine Herausforderung für die individuelle Gesundheit, aber auch für das Gesundheitssystem. Der Anspruch, den ein wirtschaftsliberaler Leistungsbegriff uns entgegenschleudert, nämlich alles gleichzeitig machen zu können, Multitasking fähig zu sein und Stress als ein Zeichen der Wichtigkeit zu verstehen, macht Alle krank. Burn-out, Depression, Stoffwechselerkrankungen und vieles mehr betreffen schon lange nicht mehr nur bestimmte Berufsgruppen. Und beginnt sich etwas zu verändern, dann ist der Gegenwind stark. Den jungen Menschen, die ein anderes Arbeitsleben haben möchten als ihre ausgelaugten Eltern, wird Faulheit und Eigennutz vorgeworfen, jedes Argument ist recht, bis hin zur Bedrohung des Sozialsystems. So auch bei den Frauen, die aufgrund von Doppelbelastungen, Erwerbsarbeitsangebot, fordernden Jobs oder aus ihrem Lebensentwurf heraus Teilzeit arbeiten.

> Sonst werden weiterhin Gruppen gegeneinander ausgespielt.

Daher ist es so wichtig, den Arbeitsbegriff zu verändern und eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die deutlich spürbar ist und nicht nur zur weiteren Verdichtung führt, umzusetzen. Sonst werden weiterhin Gruppen gegeneinander ausgespielt. Unser Bild von Arbeit muss auch unbezahlte Sorgearbeit, Weiterbildung, politische und ehrenamtliche Arbeit umfassen. Das alles ist Arbeit, auch wenn sie nicht bezahlt wird.

Demokratie braucht Beteiligung

Die Regeln des »freien« Markts können politische Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von internationalen Abkommen, wie z.B. in der WTO, einschränken und zugunsten von Profiten Sozial- und Umweltstandards aushebeln. Während die Globalisierung der Wirtschaft immer weiter voran getrieben wird, ist Solidarität nicht international. Gleichzeitig ist es schwierig, regional das zu beeinflussen, was in andere Weltgegenden ausgelagert wird. An den gesellschaftlichen Konfliktlinien zeigt sich das Gefühl von Machtlosigkeit, Politikverdrossenheit, Demokratiemüdigkeit und der fortschreitende Verlust des Zusammenhalt. Dies wird verstärkt durch Populismus, Wissenschaftsfeindlichkeit und das Ignorieren von Fakten. Im Ergebnis führt diese Art der Politik zu einer tiefen Spaltung in der Gesellschaft.

Um sich an Entscheidungsprozessen beteiligen zu können, braucht es Information, Zeit und Sicherheit. Wer den ganzen Tag mit dem Überleben beschäftigt ist, hat keine Ressourcen für Meinungsbildung und Debatte. Sich unabhängige Informationen zu suchen und diese zu bewerten, wird trotz Informationsflut und Internet immer aufwendiger. Auch für den Erhalt und den Ausbau der Demokratie ist eine Neubewertung der Arbeit notwendig, die Reproduktionsarbeit und Mitgestaltung, Bildung und sozialen Austausch, Erholung und Freiraum in einen umfassenden Arbeitsbegriff integriert.

Auf dem Rücken der Frauen?

Insbesondere in Krisenzeiten wird sichtbar, wie weit wir von einer echten Gleichstellung der Geschlechter entfernt sind. Auch in Österreich.

Frauen sind immer noch für den Hauptteil der unbezahlten Sorgearbeit zuständig. Anstatt Ungleichheit abzubauen, wird sie durch eine Pflegekrise und den Rückbau öffentlicher Leistungen verschärft. Parallel verebben Errungenschaften der Frauenbewegung nicht nur in der Sprache. Erwerbsarbeit von Frauen wird in der Arbeitsgesellschaft häufig schlechter bewertet als jene von Männern. Anders ist es nicht zu erklären, warum die sogenannten Frauenbranchen nahe am Niedriglohnsektor angesiedelt sind. Dies ist auch ein Grund für den nach wie vor hohen Gender Pay Gap und basiert auf dem überholten Bild eines männlichen Familienernährers und der dazuverdienenden Frau, die sich um das »Häusliche« kümmert.
Die Vorstöße, Frauen in der Sprache wieder unsichtbar zu machen, weil sie ohnehin mitgemeint sind – sie also vom Männlichen abzuleiten – ist Teil eines Verteilungskampfes um Macht und Ressourcen. Denn Sprache schafft immer auch Realität und wovon nicht gesprochen wird, das muss nicht berücksichtig werden. Nun ist es sicher nicht so, dass Frau-sein allein zu einer kämpferischen Frauenpolitik führt. Dennoch werden Frauen durch Quoten auf Entscheidungsebenen, in Vorständen, Aufsichtsräten und dem Management wahrgenommen und das erleichtert anderen Frauen sich gegen traditionelle Rollenbilder zu stellen und Positionen anzustreben. Denn Worte wie »Vorsitzender« oder »Experte« werden automatisch mit männlichen Bildern verknüpft und schließen damit Frauen aus. Hier deutlich gegensteuern ist ein wichtiger Schritt, der den Kampf um wirkliche Gleichstellung entscheidend unterstützt.

> Parallel verebben Errungenschaften der Frauenbewegung nicht nur in der Sprache.

Her mit der gerechten Bezahlung

Solange die Unterschiede im Einkommen zwischen Männern und Frauen so bleiben, wie sie sind, werden auch jene Männer, die gewillt sind mehr Sorgearbeit und weniger Erwerbsarbeit zu leisten, vor Herausforderungen stehen. Wenn es keine Kinderbetreuung nach dem Mutterschutz gibt, keine Kindergartenplätze oder Pflegemöglichkeiten für Angehörige, wird Care-Arbeit ins Private und Unbezahlte verschoben. Übernommen wird sie von Frauen, häufig nicht zuletzt deshalb, weil sie das niedrigere Einkommen erhalten, auf das die Familie vielleicht leichter verzichten kann. Aber das ist selbstverständlich kein Naturgesetz. Viele so genannte Frauenbranchen sind im oder nahe dem öffentliche Bereich angesiedelt. Gesundheit, Pädagogik, Betreuung, Pflege, Bildung. In all diesen Bereichen könnte die Politik massiv an den Lohnschrauben drehen. Tut sie aber nicht.
Diesen Kreislauf zu durchbrechen ist dringend notwendig. Denn es gibt keine besondere Begabung eines Geschlechts für bestimmte Arbeiten, diese Mär wird uns zwar schon lange erzählt, sie wird dadurch jedoch nicht richtiger.

Schutz vor Gewalt, Belästigung und Diskriminierung

Das einzige, was ausschließlich aus dem Geschlecht begründet werden kann, ist die stetige latente und direkte Bedrohung von Frauen. Übergriffe, Abwertungen, Diskriminierung und Gewalt ist für Frauen allgegenwärtig. Sich dagegen zu wehren ist schwierig, oft wird ihnen nicht geglaubt oder ein Teil der Verantwortung zugeschoben. Aber: bei Gewalt gegen Frauen geht es einzig allein um Macht und Besitzdenken von Männern, nicht um Aussehen, Kleidung oder gar Liebe. Egal ob im Betrieb, zu Hause oder auf der Straße, hier einerseits zu schützen und andererseits den Männern deutliche und scharfe Grenzen aufzuzeigen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, also von wirklich ALLEN.
Änderungen und das Verlassen von machtvollen Positionen passieren nicht einfach so. Daher müssen Frauen auf allen Ebenen stark und laut vertreten sein. Sie müssen Prozesse entscheidend beeinflussen können und sich durchsetzen. Dazu braucht es viel Kraft, Energie, Zeit und solidarische Männer, um die Reihe von bestehenden und noch auszubauenden Instrumenten der Frauenförderung zur Wirkung zu bringen und echte Gleichstellung zu erreichen.

Vielfalt statt Ausgrenzung

In Österreich leben seit jeher Menschen aus verschiedenen Ländern und Weltregionen. Manche wurden hier geboren, andere sind gekommen, um zu arbeiten oder weil sie fliehen mussten.

Aber der oft zitierte »Migrationshintergrund«, der schon lange nicht mehr neutral verwendet wird, stellt manche schlechter als andere. In den Pflichten, wie z.B. Steuern gleichgestellt, bleiben ihnen in vielen Bereichen die Rechte verwehrt. Sie dürfen nicht wählen und haben nicht den gleichen Zugang zu sozialen Leistungen. Am Arbeitsmarkt oft ausgebeutet, schneller gekündigt und von einem Flügel der Politik mit Vorurteilen belegt und für einfache Antworten auf komplexe Fragen missbraucht, haben Menschen aus anderen Herkunftsregionen in Österreich einen schweren Stand. Egal ob es um die Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, den Familiennachzug, den Wohnungsmarkt oder einfach um das Ansehen geht.

Kein Mensch ist illegal

Die Abschottungspolitik gegenüber Menschen, die fliehen und in Österreich oder auch der EU Schutz und Sicherheit suchen, ist nicht nur ein Skandal, sondern auch ein Verstoß gegen die Menschenrechte und rechtlich nicht erlaubt. Das ist die richtige Definition von »illegal« in diesem Zusammenhang. Die Verweigerung von Asylverfahren, die Zurückweisung und teilweise gewalttätige Verbringung über die Grenze, das Internieren in Lager und die Verweigerung von Hilfe auf dem offenen Meer, das alles ist nicht nur menschenunwürdig, sondern streng genommen verboten, also illegal. Aber kriminalisiert werden jene, die fliehen müssen und jene, die ihnen helfen.

Diese Politik verantwortet beschämende Zustände, so wie sie auch manchen Fluchtgrund verursacht oder zumindest beeinflusst hat. Denken wir nur an die sogenannten geopolitischen Interessen in Syrien oder in Afghanistan. Aber ganz egal aus welchem Land und aus welchem Grund ein Mensch hier um Asyl ansucht, zuerst hat er das Recht auf ein Verfahren und auf Versorgung während des Verfahrens. Und wir sollten uns daran erinnern, dass diese Rechte vor dem Hintergrund der unfassbaren Verbrechen des Faschismus entstanden sind, es hat also auf vielen Ebenen mit uns zu tun.

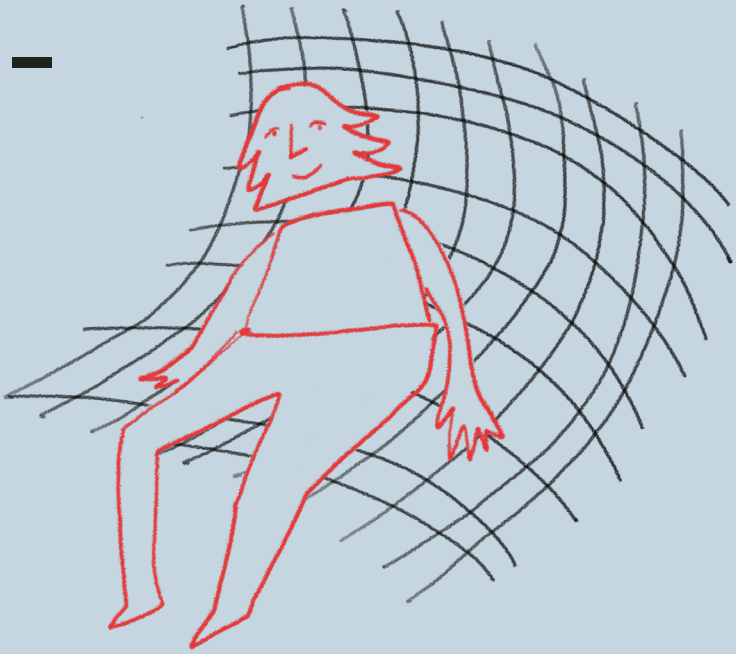
Anders ist keine Bedrohung

Aber nicht nur die Herkunft, auch die sexuelle Identität oder die sexuelle Orientierung dienen als Grund für Diskriminierung und Ausgrenzung. Auch wenn sich die Vielfalt und Sichtbarkeit in den letzten Jahren erhöht hat, werden die Anfeindungen mehr. Außerhalb geschützter Bereiche in Städten ist es häufig schwierig zu sich selbst zu stehen. Und auch wenn die Situation eine andere ist, das dahinter liegende Schema ist ähnlich. Die Dichotomie des »Wir« und »die Anderen«, wobei keines von beiden in irgendeiner Weise wirklich definiert ist oder als Gegensatz so existiert, hat den Hintergrund, sich abzugrenzen und meist »die Anderen« zu diskriminieren. Das gilt für viele Gruppen, die von der Mehrheitsgesellschaft als nicht zugehörig angesehen werden.

Oft werden Rechte auf dem Papier zugestanden, aber nicht in die Realität umgesetzt. Die Teilhabe etwa von Menschen mit Behinderung ist zwar mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention der UNO erklärt, findet aber nicht statt. Immer noch können viele Menschen mit Behinderung keine Erwerbstätigkeit finden, die eigene Ansprüche auf sozialversicherungsrechtliche Leistungen begründet und bleiben damit in einer dauerhaften Abhängigkeit von ihren Eltern. Auch der Zugang zu Bildung, zu öffentlichen oder kulturellen Räumen ist oft mit einer Menge unnötiger Hürden versehen oder gar nicht möglich. Ein selbstbestimmtes Leben wird damit verhindert.

Sozial durchhängen – NEIN DANKE

Ein stabiles und gut ausgebautes Sozialsystem ist für ein gutes Leben unabdingbar. Dem würde vermutlich kaum jemand widersprechen.



Aber was ist damit gemeint? Wir meinen damit eine Absicherung, die Freiraum und Entwicklung bietet und Allen, die es brauchen, zu Verfügung steht. Eine solidarische, bedarfs- und lebenslagenorientierte Grundsicherung und Versicherungsleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder der Pension, die ein gutes Auskommen sichern, sind dringend geboten. Für wirklich Alle, die es brauchen. Davon haben auch jene, die es nicht brauchen etwas, denn eine gute soziale Absicherung zwingt die Menschen nicht für zu niedrige Löhne zu arbeiten, schützt vor Armut und trägt zu einer friedlichen und solidarischen Gesellschaft bei.
Leider erleben wir eine Entwicklung in eine andere Richtung. Für breite Schichten der Bevölkerung wird das alltägliche Leben schwerer, sei es aufgrund von Wohn- und Energiekosten, Bankzinsen, den Preisen für Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs oder den Rückbau von öffentlichen Leistungen. Davon profitieren auf der anderen Seite Unternehmen und Finanzmärkte, die im Krisenfall dann von unseren Steuermitteln gerettet werden müssen. Damit wird Profit privatisiert und Verlust vergesellschaftet.

Davon profitieren auf der anderen Seite Unternehmen und Finanzmärkte, die im Krisenfall dann von unseren Steuermitteln gerettet werden müssen.

Weitermachen wie bisher ist vorbei

Wir wissen das. Die Wissenschaft erklärt es uns, wir spüren es durch Hitze und Unwetter, sehen es beim Blick in die Welt. Wir müssen den Weg zum guten Leben für Alle statt nur für Einige erkämpfen, in Österreich und international. Das ist eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit.
Auf regionaler Ebene alles für einen intakte und ressourcenschonende Lebens- und Produktionsweise tun, auf nationaler Ebene einen Beitrag aus Vermögen und Erbschaften für die soziale und ökologische Zukunft einheben, auf internationaler Ebene aus der alten Kolonialhaltung aussteigen, die immer noch wirkt, wenn wir nach wie vor schonungslos die Rohstoffe auf anderen Kontinenten für unsere neuen Handys und Laptops ausbeuten, die Textilien weit weg nähen lassen oder ganz Agrarstrukturen aufkaufen und zerstören.

Und so schließt sich der Kreis

Begonnen haben wir mit dem visionären Appell des Weltklimarats und haben gefragt, was Arbeitnehmer:innen-Vertretungen und Gewerkschaften damit zu tun haben. Gesehen haben wir die Zusammenhänge zwischen der nationalen und globalen Ebene.
Als Fazit gilt: es geht um Solidarität, unteilbare soziale und demokratische Rechte, um Verteilungsgerechtigkeit für ein gutes Leben in Sicherheit und Frieden für wirklich Alle. Eine Utopie? Lasst uns darum kämpfen.

Die Arbeiterkammer: Interessenvertretung und Stimme der Arbeitnehmer:innen

Renate Anderl ist seit 2018 Präsidentin der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeitskammer, und nach Lore Hostasch die zweite Frau an der Spitze der AK.
Vera Koller und Renate Vodnek haben sie zum Verhältnis zu den Beschäftigten, den Erfolgen und aktuellen Herausforderungen gefragt.

Viele Menschen haben schon Kontakt mit der AK gehabt - was sind die häufigsten Anfragen / Probleme?
Wir haben in allen Bundesländern enormen Zulauf: 2022 haben wir über 2 Millionen Beratungen gehabt – das sind 41.500 pro Woche oder 8.300 pro Tag. 64.000 Mal haben wir unsere Mitglieder vor Gericht vertreten. Die meisten Anfragen haben wir zu arbeitsrechtlichen Themen – nicht bezahlte Überstunden, falsche Abrechnungen. Es gibt viele gute Arbeitgeber:innen, die sich an die Regeln halten. Es gibt aber auch Betriebe, die das nicht tun – dann sind wir für unsere Mitglieder zur Stelle. Es geht aber nicht immer um Streitfälle, viele wollen sich beraten lassen, zum Beispiel zu Karenz, Weiterbildung, Pflege, Konsument:innenrechten.

> Wir haben viel zu tun – ich bin froh, dass die AUGE/UG hier mit Expertise und Herz dabei ist!

Was entgegnest du Menschen, die fragen, wozu es die AK überhaupt braucht? (und warum es eine AK UND eine Gewerkschaft braucht?)
Ich sage: Je mehr Organisationen und Institutionen die Interessen der Arbeitnehmer:innen vertreten, umso besser! Wir sehen in Österreich, der EU und weltweit, wie Unternehmen und Superreiche über Lobbys und auch Parteien ihre Interessen sichern. Dem müssen wir alles entgegen setzen, was wir haben: die Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen vor Ort, da, wo unsere Mitglieder tagtäglich auf Ungerechtigkeiten stoßen; die Gewerkschaften in den Branchen, allem voran bei Kollektivvertragsverhandlungen und wenn es um Aktionismus geht; und die Arbeiterkammern mit ihrer hohen Expertise in ganz vielen Themen.

Wie ist die fraktionelle Zusammenarbeit in der AK?
Ich erlebe die Zusammenarbeit aller Fraktionen in der AK sehr kollegial. Natürlich haben wir in manchen Punkten verschiedene Auffassungen – und das ist ja nichts Schlimmes. Ich finde, wenn gut diskutiert wird, dann haben wir auch Ergebnisse, zu denen alle stehen können. Und am Ende eint uns alle ein Interesse: die Anliegen unserer Mitglieder gegenüber Arbeitgeber:innen und Politik gut zu vertreten.

Wieso ist es wichtig, dass Viele an der AK-Wahl teilnehmen?
Eine starke AK stärkt die Arbeitnehmer:innen, so einfach. Viele kritisieren uns, wollen uns zurechtstutzen, uns kleiner machen – weil wir zum Beispiel mit unserer Rechtsvertretung viel Geld herausholen, das Betriebe den Mitarbeiter:innen vorenthalten haben, mit falschen Abrechnungen oder nicht bezahlten Überstunden. Wir gehen auch denen auf die Nerven, die sagen, der freie Markt regelt eh alles – zum Beispiel, wenn wir Eingriffe in Mieten oder Energiepreise verlangen oder wenn wir ernsthafteres Vorgehen gegen die Klimakatastrophe einfordern. Mit einer hohen Wahlbeteiligung zeigen wir all denen: Die Beschäftigten im Land stehen zu uns und zu dem, was wir tun.

Was waren für dich wichtige Meilensteine in der Geschichte der AK?
Das ist keine einfache Frage. 2003 hat die schwarz-blaue Bundesregierung eine Pensionsreform geplant, die massive Einschnitte gebracht hätte. Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften einige Giftzähne ziehen können. 2018 haben wir unser Zukunftsprogramm präsentiert – es war die Antwort auf neuerliche Angriffe auf die AK – die die damalige Regierung „Effizienzsteigerungsmaßnahmen" genannt hat. Wir haben unsere Leistungen in den Bereichen Bildung, Pflege, Wohnen ausgebaut und eine Digitalisierungsoffensive gestartet.

Welche gesellschaftspolitischen Erfolge hat die AK erkämpft?
Wir haben an vielen Verbesserungen mitgewirkt, gemeinsam mit dem ÖGB und den Gewerkschaften und auch innerhalb der Sozialpartnerschaft: Mehrarbeitszuschlag bei Teilzeit, Abfertigung neu, Einkommensberichte, Gesundheitsberuferegister, Modernisierung von Berufsbildern und vieles mehr. Wir bringen uns auch bei der Begutachtung von Gesetzen mit Stellungnahmen im Sinn unserer Mitglieder ein. Ein Grund mehr zur AK-Wahl zu gehen: Bei all dem sind wir umso stärker, je höher die Wahlbeteiligung ist!

> Bei uns dürfen alle AK-Mitglieder wählen, egal welchen Pass sie haben

Was sind die aktuellen Herausforderungen, die nächsten Projekte / Kampagnen?
Wir haben immer noch mit einer massiven Inflation zu kämpfen – viel höher als in anderen EU-Ländern. Die tun was und sie tun das Richtige, zum Beispiel Spanien. Die heimische Bundesregierung hat vieles verabsäumt, Leidtragende sind die Vielen. Wir arbeiten außerdem seit Mai 2022 am Thema Sozialstaat: Wir wollen den besten Sozialstaat der Welt für alle, die hier leben. Wir diskutieren das mit anderen Organisationen, Institutionen, Expert:innen und entwerfen unsere Vision. Die Bewältigung der Klimakatastrophe bleibt ebenfalls Schwerpunkt. Wir verknüpfen das mit sozialen und arbeitsmarktpolitischen Aspekten, aber auch mit dem Thema Verteilungsgerechtigkeit. Wir haben viel zu tun – ich bin froh, dass die AUGE/UG hier mit Expertise und Herz dabei ist!

Was verbindest du mit der AUGE/UG?
Wie bereits gesagt – wir haben ein sehr kollegiales Verhältnis. Ich finde es auch gut, wie ihr Themen einbringt, die andere Fraktionen – auch die, der ich angehöre – nicht so auf dem Schirm haben. Ihr seid hartnäckig und standfest bei euren Überzeugungen, aber auch kompromissbereit, wenn es ein Thema erfordert. Was ich besonders gut finde: Ihr seid viel weiblicher als meine Fraktion, wenn ich das mal so salopp sagen kann.

Wie können Betriebsrät:innen bzw. Arbeitnehmer:innen bei der AK Wahl unterstützen?
Betriebsrät:innen können mit dem AK Wahlbüro Wahlsprengel einrichten, diese Prozesse sind ab Herbst verstärkt am Laufen. Wir werden dazu natürlich unsere Information verstärken und auch Argumente zur Verfügung stellen. Sie können die Kolleg:innen davon überzeugen, zur Wahl zu gehen, denn wir sind ihre Stimme für Gerechtigkeit. Was mir hier wichtig ist: Bei uns dürfen alle AK-Mitglieder wählen, egal welchen Pass sie haben. Denn wer mit uns arbeitet ist unsere Kollegin, unser Kollege, und hat selbstverständlich auch eine Stimme! Gerade Menschen mit nicht-österreichischem Pass oder mit Migrationsgeschichte sind sozusagen dazu erzogen, dass sie nirgendwo mitwählen dürfen. Bei uns ist das nicht so! Und jede und jeder Einzelne kann im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Familie Stimmung für die Wahl machen. Es geht um die Interessen der Vielen und um eine starke Gegenmacht zu den Interessen der ganz Wenigen.

WELTPROBLEME GELÖST!

HEILBRINGER K

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ WIRD UNS SAGEN WEN WIR WÄHLEN SOLLEN

KI WIRD WOHNUNGS

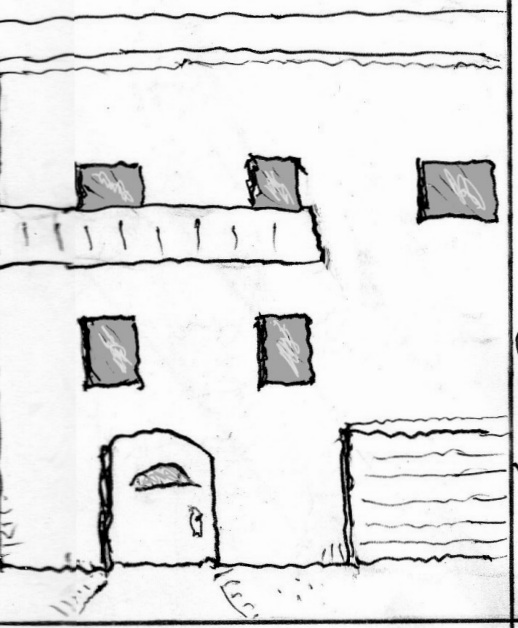
KI MACHT ALLE HAUSAUFGABEN, TESTS, SEMINAR- UND DIPLOMARBEITEN & SOGAR DEN FÜHRERSCHEIN

WIRD KRIEG

ALLES WIRD GUT

OHNE APP
BIST A DEPP

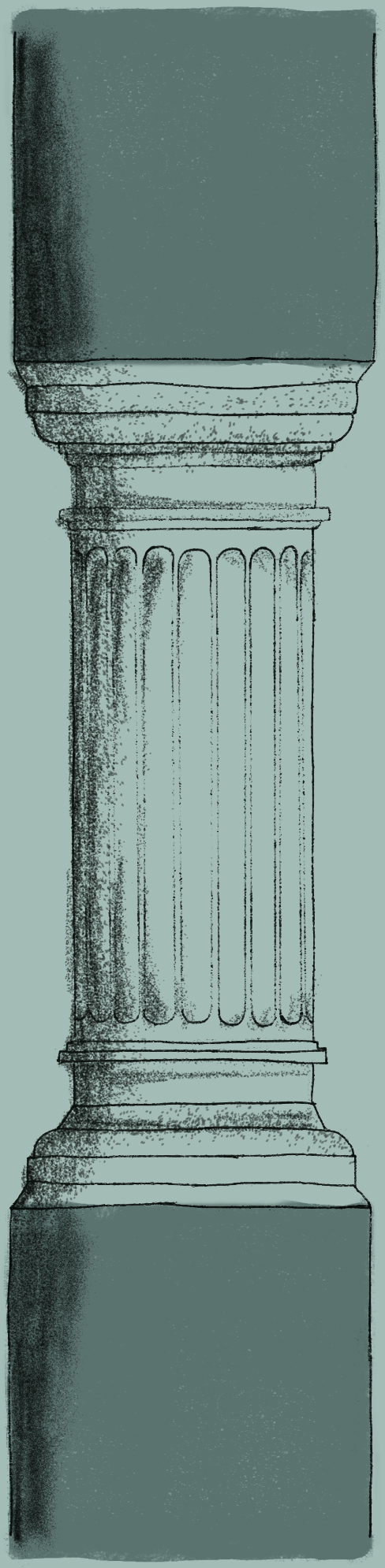
DIE
KRISE LÖSEN



UND SOCIAL MEDIA
NETT UND LIEB MACHEN

E BEENDEN

ODER AUCH NUR DIE
DATENKRAKEN
ALLMÄCHTIG MACHEN



Wir nutzen die folgenden Seiten in Anbetracht der 2024 bevorstehenden AK Wahlen etwas zurückzublicken. Unsere Arbeit, unsere Schwierigkeiten oder Herausforderungen, unsere Erfolge. In dieser Ausgabe liegt ein besonderes Augenmerk auf der AUGE/UG Steiermark, ergänzt um Highlights aus weiteren Bundesländern.

TEXT **Heidi Schmitt**

AK-Arbeit in der Steiermark

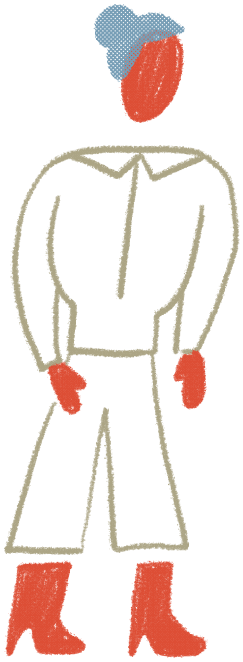
Die AUGE/UG Steiermark ist mit 5 Mandaten eine kleine, aber sehr aktive Gruppe mit vielen Alleinstellungsmerkmalen und sorgt mit pointierten Redebeiträgen immer wieder in den AK-Vollversammlungen für Aufsehen. Auch wenn die absolute Mehrheit und das Präsidium von der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen (FSG) gestellt wird, bietet sich dort ein buntes Bild mit regen Diskussionen.

Während alle anderen Fraktionen politische Parteien und deren Organisationsapparat im Hintergrund haben, ist die AUGE/UG die einzige parteipolitisch unabhängige Kraft. Dadurch können Entscheidungen völlig unabhängig von Parteivorgaben erfolgen. Das ermöglicht eine sachbezoge Politik zum Wohl der Arbeitnehmer:innen. Unsere Anträge an die Vollversammlung sind demnach getragen von Kompetenz und stellen die unselbständigen Beschäftigten – unabhängig vom politischen Mainstream – in den Mittelpunkt.

Wir sind die einzige Fraktion mit einem Frauenteam an der Spitze. Mit Sandra Hofmann als Vorsitzender und Heidi Schmitt als Landessprecherin sind zentrale Funktionen weiblich besetzt. Auch insgesamt ist der Frauenanteil bei der AUGE/UG höher als in den anderen, männerdominierten Fraktionen.

Daher sind Frauenfragen und Gleichberechtigung auf allen Ebenen wichtige Themen in unserer Arbeit. Auch der Einsatz für erwerbslose Menschen, der in den anderen Fraktionen kaum Relevanz besitzt, ist in unserer Fraktion im Fokus.

Diese und weitere Schwerpunkte bringen wir mit sehr fundierten Anträgen in die AK-Steiermark ein. Durch die



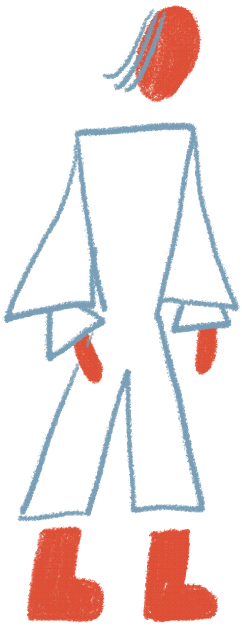
TEXT **Stefan Taibl**

>
sachliche und kompetente Formulierung unserer Forderungen sind die Chancen gut, dass andere Fraktionen unseren Anträgen zustimmen. So tragen wir als kleine Fraktion überproportional zur politischen Positionierung der AK-Steiermark bei.

Die AUGE/UG ist die einzige Kraft, die sich um Klimaschutz und nachhaltige Mobilität kümmert. Insbesondere sind Verbesserungen im Öffentlichen Verkehr und im Radverkehr wichtige Anliegen, auch wenn bei anderen Fraktionen vor allem Radfahren als politisches Thema eher belächelt wird. Unser Antrag „Entsorgung von Elektro-Altgeräten für Online-Händler" fand die Unterstützung der FSG. Mit diesem fordern wir eine Gesetzesänderung, die auch Online-Händler verpflichtet, Altgeräte kostenlos zurückzunehmen.

Grundsätzlich ist das Gesprächsklima bei den Diskussionen mit anderen Fraktionsvorsitzenden kollegial. Das führt zu einer Zusammenarbeit, die Einfluss über die AK hinaus hat. So konnte auch in Kooperation mit anderen Gruppierungen der Antrag „Abstand macht sicher" Eingang in die letzte StVO-Novelle finden. Ein Mindestabstand von 1,5 Metern beim Überholen des Radverkehrs wurde dort festgeschrieben.

Das und vieles mehr zeigt, dass Positionen der AK-Vollversammlung Relevanz haben und wirken. Und: Durch die gemeinsame Arbeit in Netzwerken können wir mehr erreichen und wichtige Themen von verschiedenen Seiten angehen.



AK-Arbeit in NÖ

In Niederösterreich sind wir mit unserer Verknüpfung von sozialen Fragen, Wirtschaft, Konsumverhalten und Umwelt noch immer Vorreiterin. Es geht nicht nur um Systemkorrektur, sondern um die Schaffung eines nachhaltigen Systems mit sozialen Standards, das unser und das Überleben unserer Nachkommen genauso wie das Überleben so vieler anderer Lebensformen garantiert.

Dass sich die Art wie wir wirtschaften, auch wie wir konsumieren, auf unsere sozialen Standards und unsere Umwelt und Lebensqualität auswirkt, ist ein immer noch vielseits ignorierter Fakt. Unser System fußt auf einer Idee, die vielleicht nach dem Krieg hilfreich war: Wirtschaftswachstum, mit sozialen Standards, dann ist alles in Ordnung. Zuletzt propagiert bei der AK Vollversammlung vom Gastredner Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses EWSA. Und mitgetragen vom Präsidium. Die einzig kritischen Stimmen dazu waren wir.

Ebenso ist es uns ein Anliegen, einen gemeinsamen humanen Ansatz zur Migration und Flüchtlingsfrage als Positionierung der AK und Gewerkschaften zu erarbeiten. Als kleines Beispiel eines schnellen Erfolges erwähnen wir unseren Antrag zur Altersteilzeit, der wieder einmal weiter ging als der gemeinsame Antrag dazu. Der Rechtsanspruch auf Altersteilzeit wurde in die Richtungsforderungen der AK aufgenommen. Aber die Aufzählung der Themen und Arbeitsfelder wie auch unserer Anträge wäre schier endlos.

TEXT **Christoph Krainer**

Die AUGE/UG in Salzburg

Ausgegliedert, ausgelagert, Verantwortung abgeschoben – Wenn der Staat sich seiner öffentlichen Aufgaben entledigt, ist das (auch) eine Sache der AK. Was öffentliche Aufgaben sind, ist eine hochpolitische Frage. Es gibt jedenfalls öffentliche Arbeitsbereiche (z.B. Universitäten oder Post), die der Staat sozusagen in die Autonomie entlassen hat. Herausfordernd für die Arbeitnehmer:innenvertretung ist, wer diese Bereiche wie vertritt. Kolleg:innen an der Uni Salzburg berichten, dass sie stellenweise von der AK weggeschickt werden, denn bei Arbeitsrechtsfragen im öffentlichen Dienst könne sie hier nicht helfen.

In Zukunft werden aber vor allem diese öffentliche Bereiche uns als Vertretung der Arbeitsnehmer:innen vor große Herausforderungen stellen: Es gibt die Tendenz, dass sich der Staat seiner öffentlichen Aufgaben entledigt, indem er sie in (schein)autonome Gesellschaften ausgliedert oder gar zentrale Aufgaben über Förderungen und Ausschreibungen gleich an private Vereine oder Firmen auslagert. Es sind aber genau diese Bereiche, die im weiten Sinne unter den Begriff der Grundversorgung fallen – von Bildung über Gesundheit bis hin zur sozialen Absicherung. Verschärft wird das, weil diese Bereiche schlecht finanziert sind und das bei hoher Arbeitslast. Die AK täte jedenfalls gut daran, sich dem Thema anzunehmen, und genau hinzuschauen, wo der Staat seine Aufgaben privatisiert, damit Arbeitnehmer:innen nicht zwischen den Stühlen stecken bleiben.

TEXT **Martin Gstöttner**

Arbeit in der AK OÖ

Wir haben uns in Oberösterreich voll ins Zeug gelegt und haben durch harte Verhandlungen erreicht, dass wir in der laufenden Periode den Vorsitz im Kontrollausschuss innehaben. Durch die Kooptierung in den Vorstand sind wir in allen Ausschüssen vertreten und können, obwohl wir dort nur Sitz ohne Stimmrecht haben, überall mitreden und werden mit unseren Ansichten auch ernst genommen.

Die AK, das „Parlament der Arbeitnehmer:innen“, ist über alle Parteigrenzen hinweg parteiisch für die Belange der Arbeitnehmer:innen. Dass sich nicht alle vertretenen Fraktionen (FSG; FCG-ÖAAB, FA, AUGE/UG) bzw. Gruppierung (GLB) gleich leicht damit tun, dies auch wirklich zu praktizieren, weiß jeder Mensch, der sich mit Arbeitsmarktpolitik beschäftigt. Dennoch gibt es in Oberösterreich eine sehr gute Gesprächsbasis zwischen den Gruppierungen. Ein Beispiel dafür ist die Vereinbarung, dass wir uns hinsichtlich der Resolutionen und Anträge für die Vollversammlungen schon im Vorfeld austauschen und es mehrmals Treffen gibt, um abzuklären, wie sich die Fraktionen dazu stellen werden.

In Oberösterreich halten wir 4 Mandate, die FSG hat die absolute Mehrheit. Obwohl wir persönlich sehr amikale Beziehungen pflegen, ist es dennoch reichlich schwierig unsere Resolutionen und Anträge durchzubekommen. Häufig werden sie an Ausschüsse verwiesen.

Unser Ziel für die AK-Wahl 2024: das fünfte Mandat zu holen, das wir 2019 leider verloren haben.

TEXT **Sarah Schett**

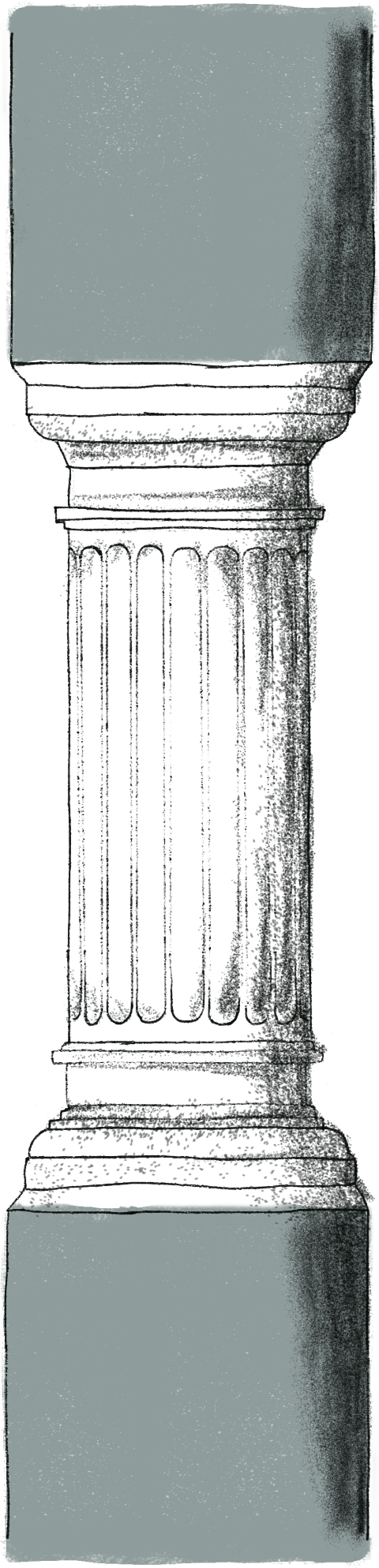
Unsere AK-Arbeit in Tirol

Nicht nur unsere Arbeitsstrukturen- und vorstellungen verändern sich, auch die derzeitige Klimakrise und die damit einhergehenden Probleme bringen viele Veränderungen mit sich. Das Leben wird immer teurer und für die Bevölkerung zur Herausforderung, besonders in Tirol. Dieser Wandel spiegelt sich auch in unserer Arbeitswelt wider: Mobilität, Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben, Integration, Fachkräftemangel, Gleichberechtigung – das sind nur einige Themen, die uns in Tirol besonders im Hinblick auf die kommenden AK-Wahlen beschäftigen.

Mit unserer neuen Vorsitzenden, Dani Weißbacher, haben wir nun jemanden an der Spitze, die sich seit vielen Jahren für Arbeiternehmer:innen einsetzt und für eine neue, faire Welt engagiert.

Gemeinsam arbeiten wir daran, das Beste für Alle zu erreichen:

Da wäre einerseits unsere inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen, wo wir uns intensiv mit aktuellen Themen und Herausforderungen in Tirol auseinandersetzen. Auch die Mit- und Neugestaltung der Arbeiterkammer und der Lebenswelt für Arbeitnehmer:innen ist uns ein großes Anliegen. Ein Beispiel hierfür ist ein Antrag von Dani Weißbacher, dass Kammerrät:innen ein Klimaticket Tirol erhalten sollten, anstelle eines herkömmlichen Fahrtkosten-Ersatzes, um so die Mobilität nachhaltiger und flexibler zu gestalten und gleichzeitig den Klimaschutz zu fördern. Wir legen zudem großen Wert darauf, eine direkte und unbürokratische Anlaufstelle für Arbeitnehmer:innen zu sein, die mit konkreten Problemen sowie Herausforderungen konfrontiert sind.



TEXT **AUGE/UG Kärnten**

Kärnten

Im südlichsten Bundesland von Österreich, in Kärnten, konnten die Mandate in der Arbeiterkammer Kärnten bei der letzten Wahl leider nicht gehalten werden. In einer politisch allgemein sehr schwierigen Lage musste 2019 auch die AUGE/UG Kärnten Verluste hinnehmen. Umso motivierter sind wir 2024 mit neuem Team und voll Elan durchzustarten. Als Alternative und Unabhängige Gewerkschafter:innen wollen wir uns kritisch in die AK einbringen und der Mehrheitsfraktion auf die Finger schauen. Wir sind engagiert, trotzdem ist noch einiges an Aufbauarbeit zu leisten. Wir freuen uns daher immer über Interesse an Mitarbeit, Aktivismus und Unterstützung.

TEXT **Sadettin Demir**

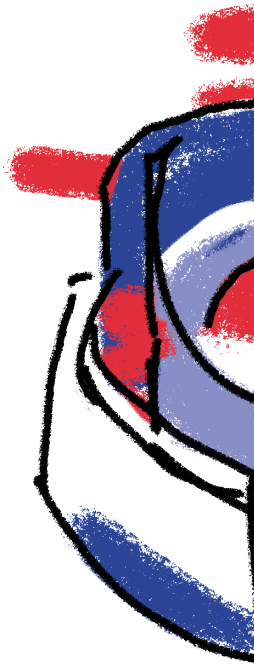
GEMEINSAM/UG Vorarlberg

Nachdem die ÖVP-nahe Fraktion FCG/ÖAAB bei den AK-Wahlen 2019 in Vorarlberg die absolute Mehrheit verloren hat, lud sie alle Fraktionen zu Gesprächen ein, beginnend mit der Liste GEMEINSAM, Grüne und Unabhängige, also der Liste der Vorarlberger Landesorganisation der Unabhängigen Gewerkschafter:innen. Die FCG bot schließlich drei Gruppierungen eine engere Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren an: der FCG, FSG und GEMEINSAM/UG.

Obwohl die Ausschüsse der Arbeiterkammer deutlich verkleinert wurden, kann GEMEINSAM/UG in allen mitbestimmen. Erstmals in der Arbeiterkammergeschichte hat GEMEINSAM/UG den Vorsitz im Integrationsausschuss übernommen und ist für die Integrationspolitik zuständig.

Außerdem wurde in der konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses unsere Kammerrätin Sevinc Kapaklı zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sadettin Demir ist wie letzte Periode in den Arbeiterkammervorstand kooptiert.

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Stellung der Fraktion GEMEINSAM gravierend verbessert. Wurden in den Anfangsjahren unsere Anträge stets mit teilweise heftigen Zurückweisungen abgelehnt, werden sie heute in aller Regel mit großer Mehrheit angenommen. Die drei gewerkschaftlichen Fraktionen (FCG, FSG und GEMEINSAM-UG) arbeiten konstruktiv zusammen und orientieren sich dabei ausschließlich an den Interessen der Arbeitnehmer:innen.



Feministische Außenpolitik

Inmitten immer deutlicherer Auswirkungen unmittelbar aufeinander folgender globaler Krisen ließ die BRD mit einer neuen Außenpolitik aufhorchen

TEXT **Christine Petioky**

Die Leitlinien zur feministischen Außenpolitik in Deutschland waren seit März 2022 in über 100 Workshops und Gesprächen mit Expert:innen aus Bundestag und Verwaltung, Think Tanks und Zivilgesellschaft und in enger Zusammenarbeit mit der außenpolitischen Beraterin und Gründerin des Center for Feminist Foreign Policy, Kristina Lunz, formuliert worden.

Die Konzepte feministischer Außenpolitik basieren auf mehreren internationalen und europäischen Dokumenten, insbesondere der *Women Peace Security Agenda*, die von Frauen aus Konfliktregionen Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen Ostens, Europas und weiterer Krisengebiete gemeinsam verfasst, und im Oktober 2000 vom UN-Sicherheitsrat angenommen worden ist.

Diese Resolution erkennt unter anderem sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe und Kriegsverbrechen an und verlangt deren konsequente Ahndung. Diese Resolution fordert überdies die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen.

Weder die internationalen Dokumente zu Geschlechter-Gleichstellung und Antidiskriminierung, noch die Herangehensweisen feministischer Außenpolitik wären ohne das zivilgesellschaftliche Engagement der weltweiten, aktuellen wie auch historischen Frauenbewegungen vorstellbar. Die empirische Erkenntnis, dass es keinen Frieden und keine Gewaltlosigkeit geben kann, solange patriarchale Strukturen bestehen bleiben, macht die Dringlichkeit, in der Außenpolitik feministische Ziele und Arbeitsweisen zu verfolgen, einsichtig.

In einigen Staaten schon angekommen

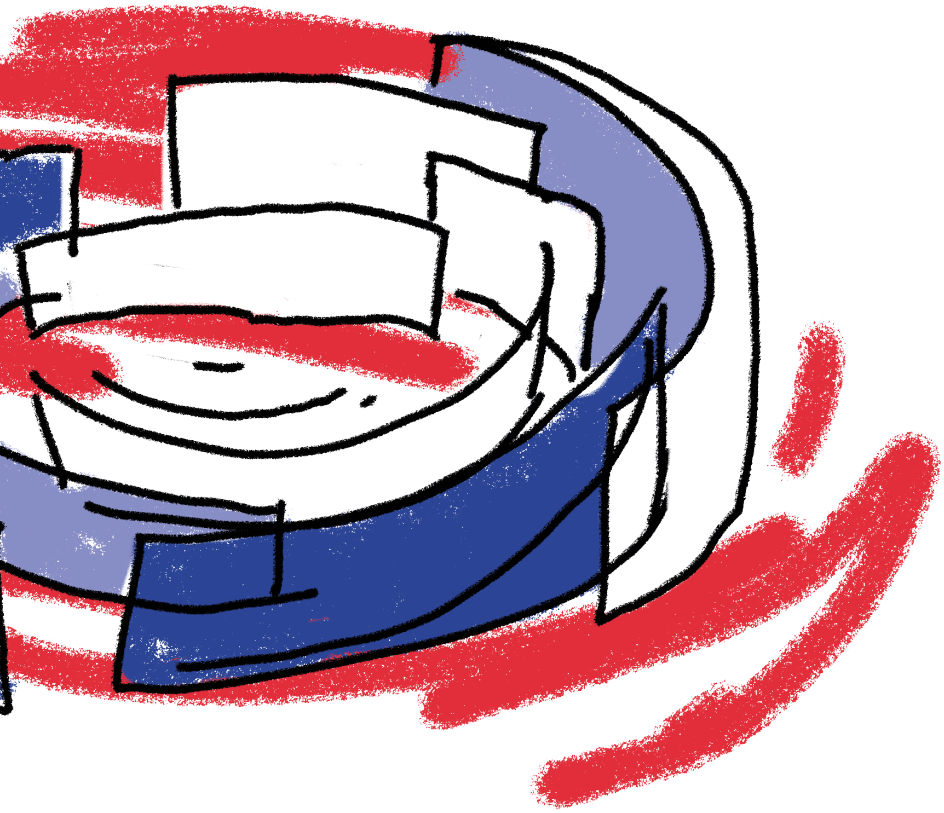
Zu einer offiziellen feministischen Außenpolitik bekennen sich derzeit Kanada, Libyen, Frankreich, Mexiko, Luxemburg, Spanien und Deutschland. Seit der Absetzung und Flucht der Außenministerin Libyens im August 2023 ist die weitere Entwicklung der libyschen Außenpolitik jedoch sehr ungewiss.

Liberia, Chile, Schottland, Kolumbien, Luxemburg und die Niederlande arbeiten an der feministischen Entwicklung ihrer Außenpolitik. In Schweden, dem Land, aus dem das Konzept ursprünglich stammt, wurde die feministische Außenpolitik nach dem letzten Regierungswechsel (von sozialdemokratisch zu Mitte-Rechts) von einem als gleichstellungsorientiert bezeichneten Konzept abgelöst, allerdings unter Fortführung mehrerer Projekte.

Evaluierungen politischer Maßnahmen und Strukturen nach Gleichstellungs-Kriterien, wie die Repräsentanz von Frauen, LGBTQI+-Personen und weiteren benachteiligten Personengruppen, den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie Gender-Gerechtigkeit in der alltäglichen Realität, werden häufig als empirische Grundlagen feministischer Außenpolitik herangezogen. Um wirksame Veränderungsprozesse anzustoßen, müssen diese Analysen von einem fundierten Verständnis struktureller Machtunterschiede aus Geschlechter-Perspektive getragen sein.

> Feministische Außenpolitik verlangt eine grundlegende Neuorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit, die traditionell allzu oft kolonialistische Strukturen weiterführt

Das Vorhandensein von Strategie- oder Aktionsplänen zur Umsetzung feministischer Außenpolitik, die Widmung von Budgetmitteln in entsprechendem Ausmaß, die konsequente feministische Themensetzung in internationalen Gremien, die Konsultation zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und deren Partizipation an



Entscheidungsprozessen, gewaltfreie Konfliktregelungen unter Mitwirkung von Frauen und Minderheiten sowie die Unterstützung sexueller und reproduktiver Gesundheits-Maßnahmen bilden wesentliche Komponenten feministischer Außenpolitik.

Neuorientierung und Abkehr von Machtungleichheit

Feministische Außenpolitik verlangt eine grundlegende Neuorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit, die traditionell allzu oft kolonialistische Strukturen weiterführt. Abbau von Machtasymmetrien, Kooperation mit feministischen Zivilgesellschaften im Globalen Süden und eine Dekolonialisierung der Außenpolitik, beispielsweise durch Entschädigungs-Zahlungen, Restitutionen, die Übernahme von Verantwortung für koloniale Verbrechen und die Aufarbeitung von Traumata sind daher prägende Elemente einer feministischen außenpolitischen Agenda.

Die Asyl- und Migrationspolitik einer konsequenten feministischen Außenpolitik sollte humanitäre Notwendigkeiten in den Vordergrund stellen, für sichere Fluchtrouten sorgen und Seenotrettung entkriminalisieren.

Feministische Außenpolitik ist eng verknüpft mit Abrüstungs-Initiativen; zwar kann auch ein waffenproduzierendes und -exportierendes Land feministische Außenpolitik deklarieren, eine grundsätzliche kritische Auseinandersetzung mit Rüstungsfragen ist jedoch Voraussetzung für deren Glaubwürdigkeit.

Ebenso stellt sich die Frage der Kohärenz zwischen feministischer Außenpolitik und anderen Politikbereichen, wenn innerhalb desselben Landes Frauenrechte nicht respektiert werden, Gewalt gegen Frauen nicht bekämpft oder die Diskriminierung von Minderheiten toleriert wird.

Regierungsvertreter:innen und Zivilgesellschaft stehen in regelmäßigem Austausch und arbeiten an einer fortlaufenden Erweiterung und Vertiefung des Netzwerks feministischer Außenpolitik. Unter der Leitung des International Center for Research on Women wurden nach Konsultationen von über 100 Organisationen in mehr als 40 Ländern Richtlinien und Umsetzungs-Empfehlungen für Regierungen und supranationale Organisationen mit dem Ziel, bestehende Machtverhältnisse und -strukturen grundlegend zu verändern, erarbeitet.

TEXT **Vera Koller**

Die rechte Wandelbarkeit

Giorgia Melonis Schwenk in der Migrationspolitik führt uns deutlich die Beliebigkeit rechter Politik vor Augen. Meloni, die mit dem Versprechen absoluter Härte gegen Migrant:innen ihren Aufstieg an die Staatsspitze Italiens geschafft hat, rudert zurück. Nicht weil sie etwa dazugelernt hätte, geläutert wäre, festgestellt hätte, dass sie einem Irrtum unterlegen ist, sondern aus einfachem Kalkül.

Wie in vielen europäischen Ländern sterben Italien die Arbeitskräfte weg. Dabei ist der Lösungsweg, wie kann es auch anders sein, nicht darauf ausgelegt, schon im Land befindlichen Flüchtlingen die Integration zu ermöglichen, sondern darauf zu setzen, die „Guten“ auszuwählen und ins Land zu holen. Unter dem scheinbaren Verrat aller Überzeugungen zeigt die Mentalität des die „guten“ ins Töpfchen, die „schlechten“ ins Kröpfchen, einmal mehr dem menschenunwürdigen Zugang rechter Parteien.

FOTO **ETU**

TEXT **Ludovico Lucent**

Die hohen Verluste der OeNB wären vermeidbar

Nach 2022 rechnet die Nationalbank auch 2023 mit einem hohen Verlust. Bis 2030 soll es weder Kapitalertragssteuer noch Dividende fürs Budget des Bundes geben.

Was bedeuten diese Verluste?

Für die OeNB selbst sind sie kein allzu großes Problem. Die Bank hat noch Rücklagen. Es gibt zudem auch Notenbanken, die mit negativem Eigenkapital funktionieren. Ein großes Problem sind die Verluste für die Allgemeinheit, da die OeNB längere Zeit nichts an den Staat ausschüttet. Diese Mittel fehlen für Schulen, Krankenhäuser und Sozialleistungen bzw. müssen v.a. von den Arbeitnehmer:innen als Steuern aufgebracht werden.

Wie kommt es zu diesen Verlusten?

Aufgrund der Niedrigzinspolitik hat die OeNB in den vergangenen Jahren Anleihen mit sehr niedrigen Zinsen gekauft. Wegen der nun höheren Zinsen wären diese nur mit Verlust zu verkaufen. Auch wenn die OeNB das nicht macht, können teilweise Bewertungsverluste zu verbuchen sein. Den Vermögenswerten stehen Einlagen der Banken bei der OeNB gegenüber. Dafür zahlt sie den Banken Zinsen. Dies erhöht die Verluste der OeNB, hier wäre aber ein Hebel

Wie wären die Verluste vermeidbar?

Ja, vielen anderen Zentralbanken taugt das auch nicht. Wenn die OeNB sich in Frankfurt dafür einsetzt, dass dieses System modernisiert wird, dann kann sie ihre Verluste um viele hundert Millionen pro Jahr verringern. Im Eurosystem wären die Einsparungen rund 30-mal so hoch wie in Österreich allein. Deshalb machen die Grünen im Europäischen Parlament seit Monaten Druck in diese Richtung. Dieser Druck hat nun gefruchtet: Ende Juli hat das Eurosystem beschlossen, dass ein kleiner Teil der Reserven der Banken bei den Notenbanken – die sogenannte Mindestreserve (ca. 4% der gesamten Reserven) – nicht mehr verzinst wird.

Wie hoch sind die Subventionen für die Banken jetzt?

Am 30. Juni 2023 betrugen die Bankreserven bei der OeNB rund 95 Mrd. Euro. Davon werden jetzt EUR 91 Mrd. mit 3,75% verzinst. Das macht EUR 3,4 Mrd. pro Jahr bzw. rund ein Drittel der Gewinne der öst. Banken. Die Entscheidung, die Mindestreserve nicht mehr zu verzinsen, kostet die Banken nur EUR 150 Mio. pro Jahr. Allein der Anstieg der Zinsen Ende Juli um 0,25% bringt den Banken mehr, nämlich EUR 230 Mio. Dennoch war die Maßnahme wichtig, weil sie belegt, dass Verluste der OeNB – wenn gewollt – reduziert werden können. Die Schweizerische Nationalbank und die Bank von Norwegen verzinsen auch nur einen Teil der Einlagen der Banken. In der Geldpolitik sind sie dennoch erfolgreicher als das Eurosystem.

Was wäre nun zu tun?

Die OeNB könnte dafür eintreten, dass der Anteil, der nicht verzinst wird, von 4% auf 10% oder 20% steigt.

Alternativ könnte die öst. Bundesregierung diese Subventionen der Banken durch die OeNB als risikolose Übergewinne besteuern. Bei einem Steuersatz von 40% (wie in Italien für die Übergewinne der Banken) könnte die Republik so EUR 1,4 Mrd. pro Jahr zusätzlich einnehmen. Die Banken würden immer noch historisch hohe Gewinne machen und fette Dividenden ausschütten.

TEXT **Leonore Beranek**

Alte Ansätze in neuem Sprachgewand

In den im Juni durch Arbeitsminister Kocher präsentierten arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben ans AMS steht in den Schwerpunkten nicht viel Neues. Doch die Sprache ist eine andere und macht die Ausrichtung deutlich.

Demnach hat Erwerbsarbeitslosigkeit vor allem zwei Gründe: zu wenig Arbeitsanreiz durch zu hohe Leistungen und den Missbrauch derselben. Gemeinsam mit vermeintlich fehlenden Qualifikationen der Beschäftigten führt diese Argumentation mal wieder und immer stärker dazu, das Problem gänzlich zu individualisieren. In dieser Schärfe ist das zumindest in einem Papier, das sich ans AMS wendet, neu. Auch neu ist, dass darüber hinaus dem AMS unterstellt wird, die gesetzlichen Bestimmungen zu wenig einzuhalten, im Klartext: zu wenig zu sanktionieren. Natürlich darf der Seitenhieb auf die Teilzeit arbeitenden Frauen, die sich der Auswirkungen angeblich nicht bewusst sind, nicht fehlen. Auch niedriges Einkommen und schlechte Arbeitsbedingungen sind Umstände, an denen die Frauen anscheinend selbst schuld sind, sie sollen halt in handwerklich-technische Berufe wechseln.

Der Arbeitsmarkt hat demnach den Bedarf der Unternehmen zu decken. Dafür müssen die Erwerbsarbeitslosen mehr unter Druck gesetzt werden, denn andernfalls müssten die Unternehmen ja ihre Arbeitsbedingungen attraktiveren und die Löhne erhöhen, aber so weit will der Arbeits- und Wirtschaftsminister dann doch nicht gehen. Besser mit der Verschärfung von Zumutbarkeitsbestimmungen, Einschnitten im Zuverdienst oder der Bezugshöhe argumentieren und die Schmarotzer:innen-Keule schwingen. Alles andere könnte die Position der Arbeitnehmer:innen am Arbeitsmarkt stärken und das soll – so der Eindruck – tunlichst vermieden werden.

Ein weiteres Stück im Verteilungskampf

Diese „neuen" Zielvorgaben schließen an die ideologisierte Argumentation, abseits von Evidenz und Sachlichkeit, mit der der Ökonom Kocher bereits seit längerem aufhorchen lässt, an. Erinnern wir uns an die Gründe für die Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, die nach Ansicht des Ministers den Wohlstand und die bestehenden Sozialleistungen gefährden würde. Auch oft wiederholt, bleibt es falsch. Die „Sozialleistungen" haben nichts mit der Arbeitszeit zu tun, sie sind (mit Ausnahme der Sozialhilfe) Versicherungsleistungen und vom Einkommen abhängig. Aber es ist in diesem Fall nicht davon auszugehen, dass Kocher hier etwas durcheinandergebracht hat, sondern eher davon, dass ihm diese Sachlage durchaus bekannt und bewusst ist.

Die Erzählung über Faulheit und Gefährdung des Wohlstands schwächt die Position der Beschäftigten, auch wenn sie im Zusammenhang mit Erwerbsarbeitslosigkeit vorgebracht wird. Sie ist nicht nur eine verkürzte und ideologisierte Antwort auf eine komplexe Frage, sie führt auch zur Spaltung, wo wir Solidarität brauchen. Denn: eine gute Absicherung bringt allen etwas, den Beschäftigten und den Erwerbsarbeitslosen.

TEXT **Renè Schuster**

Umkämpfte Rohstoffe

Die Nachfrage nach Seltenen Erden, die etwa in E-Autos und Windgeneratoren zum Einsatz kommen, könnte sich laut EU-Kommission bis 2050 verzehnfachen

Die EU-Kommission hat Seltenerdmetalle als „kritische Rohstoffe" eingestuft, bei der Risikobewertung hinsichtlich Versorgungssicherheit haben sie den Höchstwert bekommen. Dieser Rohstoffhunger wird meist im Globalen Süden gestillt. Und zwar oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das zeigt auch eine neue Südwind Studie anhand eines Bergbauprojektes in Madagaskar. Dort verhindert lokaler Widerstand seit mehr als zehn Jahren, dass eine Mine in Vollbetrieb geht. Für die Bevölkerung, die von Landwirtschaft und Fischfang lebt, steht alles auf dem Spiel.

Neue Rohstoffpolitik

Immer mehr Rohstoffe aus dem Boden zu holen, um der Industrie billige Rohstoffe zukommen zu lassen, ist zu wenig. Die Nachfrage muss sinken. Für eine lebenswerte Zukunft benötigen wir langlebige und nachrüstbare Geräte und Technologien mit leicht recycelbaren Komponenten. Damit soll auch eine Verringerung des Materialfußabdrucks von über 40t auf 7t pro Person pro Jahr bis 2050 erzielt werden, wie das auch in der österreichischen Kreislaufwirtschafts-Strategie vorgesehen ist.

Studie auf *suedwind.at/elektronik*

Hände weg von der AK!

Die Angriffe der FPÖ auf die Arbeiterkammer sind nicht neu. Seit vielen Jahren tritt die FPÖ als Gegnerin der organisierten Arbeitnehmer:innen auf.

Die FPÖ behauptet von sich, sie sei die „soziale Heimatpartei" und die „neue Arbeiterpartei". Die Wahrheit ist eine andere. Wo immer sie in Verantwortung war, setzte sie massive Verschlechterungen für Arbeitnehmer:innen durch. Wo immer sie auftrat, zeigte sie ihren Hass gegenüber organisierten Arbeitnehmer:innen, gegen Gewerkschaften und Arbeiterkammer:

> Unter Schwarz-Blau I kam es zu massiven Angriffen auf den ÖGB und die Gewerkschaften. Kollektivverträge sollten zurückgedrängt werden und nur noch auf betrieblicher Ebene verhandelt werden, dort wo die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen also schwächer ist.

> 2015 drohte der FPÖ-Nationaratsabgeordneter Axel Kassegger: „Ich kann nur andeuten bzw. klar feststellen, wenn die FPÖ an der Macht wäre, ... würden wir die Kammerbeiträge massiv senken, weil das eine Entlastung der Unternehmen darstellt und wir würden mittelfristig selbstverständlich auch die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft anstreben".

> Noch unter der Führung Haiders gründete die FPÖ eine Gewerkschaft, die FGÖ. Sie wollte von Unternehmen finanzielle Unterstützung und versprach wohlwollendes Verhalten als Gegenleistung.

> Der ehemalige Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Vorsitzende der FPÖ in Kärnten, forderte 2011 die Auflösung des ÖGB.

> In der darauffolgenden Diskussion behauptete auch Herbert Kickl, eine Zwangsmitgliedschaft (!) beim ÖGB (!) sei problematisch.

> Werner Herbert, Bundesrat der FPÖ und Vorsitzender der FPÖ-nahen Personalvertretungsliste AUF, sprach am 7. Jänner 2015 von „System-Gewerkschafter" und erinnerte mit diesem Begriff fatal an Zeiten, in denen Gewerkschafter:innen verfolgt und ermordet wurden.

> In einer Resolution aus dem Jahre 2009 forderte der „Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender" (RFW), eine Vorfeldorganisation der FPÖ, eine autoritäre Gesetzgebung, mit der mittels „Notgesetzgebung" Arbeitnehmer:innenrechte beseitigt werden können: „Den Betrieben muss erlaubt sein, eigenständig und ohne Einfluss der Sozialpartner und der Politik, einzig und allein im Einvernehmen mit allen im Betrieb Betroffenen, maßgeschneiderte Überlebensstrategien zu treffen und umzusetzen."

> In Zuge dieser Diskussion bekräftigte Fritz Amann, Bundesobmann des RFW, diese Resolution und meinte: „Die GPA hat weder etwas zu verlangen und schon gar nichts zu fordern. Sie sollen aus dem täglichen Wirtschaftsleben endlich verschwinden und jene die Krise bewältigen lassen, die davon etwas verstehen, nämlich den Unternehmen mit ihren Mitarbeitern."

> In der Festschrift anlässlich des 50-jährigen Bestehens des RFW, bekennet sich dieser zur „Abwehr des Zugriffs der übermächtigen Gewerkschaften" und der „SPÖ-dominierten Arbeiterkammern".

Die FPÖ ist demokratiefeindlich und autoritär. Sie war, ist und bleibt eine Gegnerin der organisierten Arbeitnehmer:innen. Die Diktion ist eindeutig und erinnert an Zeiten des Faschismus und der Verfolgung.

Vor dem Kongress ist nach dem Kongress

Soziales Get-Together und inhaltliche UG-Bundeskonferenz zur Einstimmung auf den ÖGB-Bundeskongress

Am Abend vor dem ÖGB-Kongress trafen sich knapp 80 UG-Vertreter:innen aus den verschiedensten Säulen und Bundesländern zu einem sozialen Get-Together in der River Box des ÖGB-Catamarans. Endlich konnten wir uns wieder intensiv persönlich austauschen, unsere Netzwerke stärken und uns auf den Kongress und unsere Bundeskonferenz einstimmen.

Am Tag darauf fand im Austria Center die inhaltliche UG-Bundeskonferenz mit einem inhaltlichen Input von Expertin Edith Kugi-Mazza über Herausforderungen und Förderung der integrativen Lehrausbildung statt. Das Thema traf einen Nerv bei den Zuhörer:innen und führte zu regen Redebeiträgen und Diskussionen mit der Vortragenden, die uns bis zum Schluss der Veranstaltung für alle Fragen zur Verfügung stand.

Weiterarbeit auf vielen Ebenen

Am 24./25. August fand die Klausur des erweiterten Bundesvorstands (EBV) der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion (UG) im ÖGB statt. 13 Teilnehmer:innen aus den Säulen UGÖD, UGVida, AUGE-UG, UGPF und UGyounion erörterten, ausgehend von den Statutenänderungen aus der letzten Generalversammlung, Fragen zur Schärfung der Verantwortlichkeiten, zur Anpassung in der Zusammenarbeit und Konkretisierung der Struktur.

Die Inhalte wurden in Workshops erarbeitet und im Plenum in einem klaren Arbeitsplan zusammengeführt. Trotz der anspruchsvollen Themen herrschte eine sehr positive Stimmung, die zu einer starken sozialen Vernetzung beitrug.

Nächste Schritte sind die umfassende Information und Einbindung der Säulen über die erarbeiteten Ergebnisse sowie die Einrichtung von spezifischen Arbeitsgruppen. Ein Follow-up im Dezember 2023 ist geplant, um die Fortschritte zu überprüfen und weitere Schritte festzulegen.

Insgesamt war die EBV-Klausur ein wichtiger Meilenstein für unsere Gewerkschaftsfraktion. Die konstruktiven Diskussionen und die klare Ausrichtung auf die nächsten Schritte lassen auf eine vielversprechende Weiterentwicklung unseres Daches hoffen.

Ao. GÖD-Kongress am 12. September 2023

Da der bisherige Vorsitzende der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Norbert Schnedl, aus persönlichen Gründen das Amt niederlegte, fand am 12.9.2023 ein außerordentlicher GÖD-Kongress statt. Es wurde einerseits Eckehard Quin, bisher GÖD-Dienstrechtsreferent, zum neuen Vorsitzenden gewählt und andererseits ein Leitantrag mit den Arbeitsvorhaben für die restliche Periode bis Herbst 2026 sowie eine Vergrößerung des GÖD-Vorstandes beschlossen. Von letzterer profitiert prozentuell die UG am meisten: wir bekommen nun einen 2. Sitz im Vorstand, den Sandra Gaupmann, Psychologin in der Justizanstalt Stein, stv. Vorsitzende im ZA für zivile Bedienstete und in der UGÖD, ab 25.9. übernehmen wird (wir hatten 2021 mit unseren 22.220 Stimmen das 2. Mandat um 301 Stimmen verfehlt).

Die UGÖD nahm mit 49 Delegierten und Reinhart Sellner als Ehrenpionier teil. Sie unterstützt den neuen Vorsitzenden Eckehard Quin in seiner neuen Aufgabe. Er hat sich bisher als AHS- und Lehrer:innen-Gewerkschafter und zuletzt auch als Kollektivvertrags- und Dienstrechtsverhandler als kompetent, fleißig und kooperativ gezeigt.

Der Leitantrag nimmt einerseits das Programm des ÖGB 2023-2028 und andererseits aktuelle dienst- und besoldungsrechtliche Anliegen auf und beinhaltet viele auch uns Unabhängigen Gewerkschafter:innen wichtige Anliegen.

Dass nicht jede Formulierung jedem gefällt, ist klar; aber grosso Modo ist das Arbeitsprogramm eine gute Sache.

Das Arbeitsprogramm kann bei *office@ugoed.at* bestellt werden.

Rückschau

Aktionstag Bildung am 15.6.2023

Der Bildungsbereich in Österreich gleicht aktuell einer einzigen großen Baustelle, auf welcher keine zukunftsweisenden Lösungen erarbeitet werden, sondern nur Chaos und Medieninszenierung herrschen.

Um diese Situation aufzuzeigen haben sich bundesweit bildungsengagierte Menschen entschlossen ein Zeichen zu setzen und einen Aktionstag Bildung zu veranstalten. Innerhalb kürzester Zeit haben 72 Initiativen und viele Einzelpersonen diesen unterstützt.
Die zwei zentralen Forderungen, die alle Beteiligten eint, sind das Eintreten für „gemeinsame Bildung", die niemand ausgrenzt oder zurücklässt, sowie „bessere Lern-, Studier- und Arbeitsbedingungen im gesamten Bildungsbereich".
In Wien nutzten die Freizeipädagog:innen den Aktionstag für einen Streik. Im Sigmund-Freud-Park fand ein Bildungspicknick statt, zu dem tausende Eltern, Kinder, Studierende, Pädagog:innen und viele mehr kamen.
Die Unabhängigen Gewerkschafter:innen waren im Organisationsteam der anschließenden Demo (Stationen Bildungsdirektion für Wien, Bildungsministerium, Hauptuni) von Anfang dabei. Das breite Bündnis und die besorgniserregende Situation aktivierte 10.000 Demo-Teilnehmer:innen.
In der medialen Berichterstattung stand dann der Streiktag der Freizeitpädagog:innen im Mittelpunkt.

Vorschau

Bildungstagung 21.–22.Oktober in Salzburg

Der Aktionstag Bildung am 15.6. in zahlreichen Städten war ein vorläufiger Höhepunkt der mehr als ein Jahr davor begonnenen Zusammenarbeit von vielen Menschen aus Gesellschaft, Gewerkschaft und Politik für ein Aufbrechen der Bildungsreformblockade von ÖVP-/FPÖ-Teilen.
Vor allem zwei Kollegen waren treibend, dass es schließlich Ende September 2022 zu einer Bildungstagung in Salzburg kam: Markus Astner, auf dessen Initiative letztlich zurückgeht, was in *gemeinsamebildung.at* zu sehen ist; und Reinhart Sellner, der Gespräche mit Bildungsmenschen bei ÖGB, SPÖ, Grünen und Neos organisiert. In Salzburg war dann auch noch die KPÖ vertreten, aber vor allem die Zivilgesellschaft durch viele der auf *gemeinsamebildung.at* genannten Initiativen und Personen.

Nun sollen bei der Bildungstagung am 21.–22.Oktober im Brunauer in Salzburg die nächsten Schritte gesetzt werden.

Keine Lohnzurückhaltung im Herbst!

Zu den Zurufen von Kanzler, Finanzminister oder Grüner Wirtschaft.

Die Zurufe an die Gewerkschaften reißen nicht ab, sich bei den Lohnforderungen einzubremsen. Wir erteilen Lohnzurückhaltungen eine klare Absage. Die Arbeitnehmer:innen wollen Abschlüsse über der rollierenden Inflation. Das haben sie sich nicht nur verdient, sondern ist auch notwendig, um sich das Leben – gerade mit dieser Inflation – leisten zu können. Zudem: die Lohnverhandlungen führen die Sozialpartner und sonst niemand.

Die Senkung der Lohnnebenkosten ist der nächste Humbug, der gefordert wird. Den Arbeitnehmer:innen stehen ihre Sozialversicherung, ihre Unfallversicherung und ihre Abfertigung zu. Vielmehr muss die Sozialversicherung wieder in die Hände der Arbeitnehmer:innen und die Selbstverwaltung muss wieder hergestellt werden.

Bisher hat die Regierung wenig unternommen, um die Inflation einzudämmen. Die Maßnahmen sind größtenteils wirkungslos, in Österreich liegt die Inflation deutlich über dem EU-Schnitt. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, wie etwa Eingriffe in die Miet-, Energie- und Lebensmittelpreise. Stattdessen wird die Lohn-Preis-Spirale herbeigeredet, obwohl Wirschaftsforscher:innen diese größtenteils als Unsinn bezeichnen.

Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst

Ersten Prognosen nach dürfte die Inflation im August wieder gestiegen sein, was vermutlich den gesetzlichen Mieterhöhungen „zu verdanken" ist. Die durchschnittliche Inflation liegt weiter über 9 Prozent und zeigt die Belastung durch die Teuerung.

Im Vorfeld der Kollektivvertragsrunden im Herbst mehren sich die Stimmen bei den Arbeitgeber:innen, die den Grundkonsens aufkündigen wollen, dass die durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate Ausgangsbasis der Verhandlungen ist. Das zeigt nicht nur fehlende Handschlagqualität, sondern würde Lohnkürzung bedeuten, weil die Einkommen gemessen an der Kaufkraft an Wert verlieren. Das wird von den Gewerkschaften nicht hinnehmbar sein und zu Konflikten führen.

Warum sich auch die Vertreterin der Grünen Wirtschaft in den Chor der Industriebosse einreiht und in der Kleinen Zeitung nachträllert, dass die Gehälter heuer nicht mit der Inflation angepasst werden könnten, bleibt ein Rätsel.

Österreichische Regionalzüge am Abstellgleis
Ein Greenpeace-Report analysiert die Veränderung der Verkehrsinfrastruktur in Europa. Während das Straßennetz seit 1995 um über 30.000 Kilometer gewachsen ist, schrumpfte das Schienennetz um mehr als 15.000 Kilometer. Österreich belegt mit 655 Kilometern geschlossenen Zugstrecken den 6. Platz.

Dabei investierte Österreich pro Kopf so viel wie kaum ein anderes Land in die Bahn. Österreich ist eines von nur drei untersuchten Ländern, das Investitionen in die Bahn gegenüber dem Autoverkehr priorisiert. Durch die Investitionsoffensive von Verkehrsministerin Leonore Gewessler ist diese Tendenz weiter gewachsen. Doch regionale Bahnlinien unter Verantwortung der Länder wurden wegen mangelnder Profitabilität eingestellt.

Fast die Hälfte dieser Strecken befindet sich in Niederösterreich. Viele der Strecken könnten leicht reaktiviert werden – eine Forderung an die zuständigen Landesregierungen.

greenpeace.at

Kinderklage auf Recht auf wirksamen Klimaschutz
Rechte von Kindern sind in Österreich besonders geschützt: Sie stehen in der Verfassung und sind an die UN-Kinderrechtskonvention angelehnt. Das aktuelle Klimaschutzgesetz wurde ohne Berücksichtigung dieser Rechte erlassen. Es führt nicht zum Rückgang der Treibhausgasemissionen und gefährdet damit die Zukunft.
Deswegen haben zwölf Kinder und Jugendlichen im Alter von 5 bis 16 Jahren mit der Klimaanwältin Michaela Krömer die verfassungswidrigen Passagen vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpft. Die Klage wurde aus formellen Gründen zurückgewiesen, aber die Aktivist:innen von Fridays for Future hören nicht auf, für die Zukunft zu kämpfen.
fridaysforfuture.at

FIAN Hunger. Macht. Profite 12
Die 12. Ausgabe der Filmtage zum Recht auf Nahrung - Hunger.Macht. Profite.12 - findet 2023 im Oktober und November statt. Dieses Jahr in den Bundesländern Wien, Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Das Programm beinhaltet Filme und Gesprächsrunden zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Lebensmittelkriminalität, dem Geschäft mit Pestiziden und globalen Machtverhältnissen. Die AUGE/UG ist unterstützende Organisation der FIAN Filmtage.
*hungermachtprofite.a*t

Kampagne „Energieversorgung demokratisieren. Saubere und leistbare Energie für alle“
Die aktuelle Energiekrise zeigt, dass ein liberalisierter Energiemarkt mit profitorientierten Konzernen weder eine leistbare Grundversorgung noch die Energiewende sicherstellt. Im Gegenteil: Er befeuert die Klimakrise weiter. Attac, ÖGB, Fridays for Future und andere Organisationen fordern eine demokratische Energieversorgung. Unterschreibe auch du die Petition.
attac.at

EU-Lateinamerika-Gipfel: Geplante Abkommen heizen Klimakrise an
Das EU-Mercosur-Abkommen soll bis Ende 2023 abgeschlossen werden. Dabei könnte die EU-Kommission zu einem Verfahrenstrick greifen und es aufsplitten, um nicht die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu brauchen.
Mehr als 450 zivilgesellschaftliche Organisationen aus Lateinamerika und Europa fordern einen Neustart und Verhandlungen über Abkommen und Klimaschutzmaßnahmen.
attac.at

Podcast Schwarz auf Gelb: Gesichtserkennung und ihr Eingriff in unsere Grundreche
Im Podcast-Folge 20 von Amnesty geht es um die Gesichtserkennungstechnologien zur Überwachung des öffentlichen Raumes. Zu Gast ist Angelika Adensamer, Researcherin bei Vienna Centre for Societal Security. Sie spricht über den Einsatz in Österreich und darüber welcher Einfluss auf unsere Privatsphäre, unser Recht auf Protest sowie andere Grundrechte damit verbunden ist und welche Regelungen es in Zukunft braucht.
a*mnesty.at*

Leseempfehlung

Alex Demirovic (Hrsg): Wirtschaftsdemokratie neu denken

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT, 2018

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie war eine Initiative der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den 1920er Jahren. In der Bundesrepublik wurde dieser Impuls vor allem in die unterschiedlichen Formen der Mitbestimmung in der verarbeitenden Industrie umgesetzt. Daneben gibt es die Praktiken der Genossenschaften, der Kooperativen und der Selbstverwaltung. Die Veränderungen der Unternehmen, die veränderten Bedingungen der Lohnarbeit, die Autonomiewünsche und Subjektivierungsformen der Lohnabhängigen, die ökologischen Zerstörungen ebenso wie die Aushöhlung der Demokratie drängen zu einer demokratischen Gestaltung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse. Die Beiträge resümieren Erfahrungen und bemühen sich darum, Wirtschaftsdemokratie in einem anspruchsvollen Sinn zu aktualisieren. Es schreiben Roland Atzmüller, Martin Beckmann, Richard Detje, Andreas Fisahn, Gisela Notz, Frank Nullmeier, Bernd Riexinger, Harald Wolf u.a.

Leseempfehlung

Andreas Novy, Richard Bärnthaler, Magdalena Prieler: Zukunftsfähiges Wirtschaften. Herausforderungen der sozialökologischen Transformation

Beltz Juventa, 2023, (2. überarbeitete Auflage)

Diese zweite und überarbeitete Auflage der Publikation aus 2020, die als Einführung auf Leser:innen außerhalb des akademischen Diskurses abzielt, geht auf die Umbrüche und Krisen vor dem Hintergrund von Kriegen der jüngsten Zeit ein. Die Autor:innen erklären Begriffe und Ansätze verschiedener Konzepte und zeigen Lösungen aus sozialökologischer Perspektive auf.

Leseempfehlung

Bettina Haidinger, Käthe Knittler: Feministische Ökonomie. Eine Einführung

Mandelbaum 2019, (3. überarbeitet Auflage)

Auch hier ist eine aktualisierte Neuauflage des beinahe schon als Klassikerin des anderen Blicks auf die Ökonomie zu verstehenden Buches. Der konsequent feministische Blick auf ökonomische Theorien zeigt die Lücke des männlichen Mainstreams systematisch auf. Dies wird in einer – auch und vor allem für Nicht-Ökonom:innen – verständlichen Sprache umgesetzt. Darüber hinaus entwickeln die Autorinnen Alternativen und Strategien, die eine patriarchale Ökonomie endlich überwinden können.

Leseempfehlung

Andreas Urs Sommer: Eine Demokratie für das 21. Jahrhundert Ein Aufbruch zu mehr Mitbestimmung.

Verlag Herder, 2022

Viele Bürger:innen fühlen sich in unserem Parteiensystem nicht mehr repräsentiert. Auf die Frage, bei wem die Nachbarin anlässlich der letzten Wahl ihr Kreuzchen gemacht hat, nur Schulterzucken und Resignation. Dabei ist die Vertretung von vielen durch einen Einzelnen bei unseren Möglichkeiten gar nicht mehr notwendig. Per Mausklick oder Wischen können Meinungen in Sekundenschnelle statistisch erhoben werden. Wir müssen lernen, politisch mitzuentscheiden. Die Idee ist keine politische Verschwörung, sondern direkte Demokratie.
Andreas Urs Sommers Buch ist eine wegweisende Analyse und eine unumgängliche Lektüre für alle, denen eine zukunftsfähige Demokratie am Herzen liegt.

Bezugsquelle für alle Bücher:
Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Natascha Strobl, Michael Mazohl

Klassenkampf von oben

Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

REZENSION **Renate Vodnek**

Während der Klassenkampf der Arbeiter:innenklasse (je nach politischer Couleur) verpönt, nicht mehr zeitgemäß oder außerhalb des Systems ist, ist der Klassenkampf von oben vor allem eins: still, und findet offiziell nicht statt. Dabei geht es immer um die maximale Ausbeutung der arbeitenden Menschen und Anhäufung von möglichst viel Vermögen. Die zentrale Rolle spielt der „freie Markt", der möglichst überall Einzug halten soll. („von der Wiege bis zur Bahre, alles und alle sind hier Ware" / Die Schmetterlinge in der Proletenpassion) Eine „gute" Demokratie ist jene, die sich an diese Richtlinien hält; versucht eine Gesellschaft eine andere Wirtschaftsordnung, wird diese und ihre demokratischen Entscheidungen kritisiert, und sabotiert.

Wien: ÖGB Verlag, 2022
268 Seiten. ISBN: 978-3-99046-464-9

In zehn Kapiteln zeigen die Autor:innen wie der Klassenkampf von den wirtschaftlich Mächtigen geführt wird. Michael Mazohl erläutert die sozial- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Natascha Strobl gibt Einblick in die jeweiligen kommunikativen Strategien und rhetorischen Tricks.

Ein Beispiel, das gut zeigt welche Tricks angewendet werden, ist die Arbeitszeitverkürzung. Jedes Mal, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich gefordert wird, wird gebetsmühlenartig postuliert: „die Wirtschaft geht zugrunde". Trotz extrem hoher Gewinne, die durch die Produktivitätssteigerung der Beschäftigten erarbeitet wurden. Trotz Belegen, dass kürzere Arbeitszeiten nicht nur gesünder, sondern auch produktiver sind. Die Wirtschaftskammer vermittelt, dass Arbeitende und Arbeitgeber:innen dieselben Interessen hätten, nämlich den „Faktor Arbeit" zu entlasten. Einer der Tricks ist es auch, möglichst vielen Menschen einzureden, sie gehören zum Mittelstand – und müssen deshalb z.B. gegen (höhere) Vermögens- oder Einkommenssteuern sein.

Das Buch zeigt gut auf, warum es wichtig ist organisiert zu sein und wozu es starke Gewerkschaften braucht. Und dass es für die Lösung der Klimakrise ein anderes Wirtschaftssystem braucht.

2023 ~03 TERMINE

24. Oktober
Heißer Herbst:
Lohnverhandlungen in Zeiten hoher Inflation
Podiumsdiskussion

Republikanischer Club, Fischerstiege 1-7, 1010 Wien
beigewum.at

14. November
Armutskonferenz
„Von allem genug, von nichts zu viel“

VHS Urania, Dachsaal: Uraniastraße 1, 1010 Wien
armutskonferenz.at

18. November
Mitgliederversammlung zur Wahl der Kandidat:innen
zur Wiener AK-Wahl 2024

Anmeldung: Bis 24. Oktober an auge@ug-oegb.at

23. November
Social Economy Enquete

Gerade in Zeiten der Aushöhlung der Demokratie und der Zunahme von autoritären Entwicklungen braucht es entgegengesetzte Utopien einer Gesellschaft. Die Demokratisierung der Wirtschaft und die Partizipation auf betrieblicher Ebene stärken das demokratische Miteinander – auch auf gesellschaftlicher Ebene. Die Social Economy ist eine alternative Wirtschaftsweise, die soziale und/oder ökologische Ziele verfolgt. Demokratie bzw. Partizipation sind dabei zentral. Wie kann die Demokratisierung der Wirtschaft vorangetrieben werden, welchen Anteil kann die Social Economy haben? Auf welche Herausforderungen stoßen Akteur:innen der Social Economy und welche Lösungsansätze würden die Umsetzung erleichtern?
Die AUGE/UG Wien ist Co-Veranstalterin.

auge.or.at & ocialeconomy.uni-graz.at

Zeit für ein Alternative-Abo!

Die Zeitschrift für unabhängige Gewerkschaftspolitik - unbedingt solidarisch und gut.

Einfach eine Email an alternative@ug-oegb.at schreiben und für 17 Euro bestellen!

Herausgegeben von

UG Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB

Einzelheft: 5 Euro | Abonnement: 17 Euro
Österreichische Post AG | MZ02Z031242M
AUGE/UG | Belvederegasse 10 | 1040 Wien

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/53401-2105-1026

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C089494

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844